

X-tausendmal quer

Gewaltfreie Blockade des nächsten
Castor-Transports nach Gorleben



8. Mai 1996: Tausende blockieren den Castor zwischen Dannenberg und Gorleben

Foto: Achim Wohlfarth

Rückmelde-Bogen

ausfüllen und einsenden an „X-tausendmal quer“, Dorfstr. 30, 29462 Blütlingen

Selbstverpflichtung

Ich beteilige mich an der gewaltfreien Sitzblockade auf der Straße zwischen Dannenberg und Gorleben am Tag des nächsten Castor-Transportes im Rahmen der Übereinkunft von „X-tausendmal quer“.

Name:

Straße:

Ort:

Telefon / Fax:

evtl. Beruf/Funktion:

Unterschrift:

Solidaritätserklärung

Ich/Wir unterstütze/n die Aktion „X-tausendmal quer“ und erkläre/n meine/unsere Solidarität mit den gewaltfreien BlockiererInnen.

Name oder Organisation:

Straße:

Ort:

Telefon / Fax:

evtl. Beruf/Funktion:

Unterschrift:

Die Liste der UnterzeichnerInnen von Selbstverpflichtung und Solidaritätserklärung wird veröffentlicht (Name, Ort, evtl. Beruf/Funktion). Zur Finanzierung der Aktion und ihrer Vorbereitung bitten wir alle UnterzeichnerInnen, denen das möglich ist, einen Beitrag von mindestens 10 DM beizulegen oder auf das Aktionskonto (s.u.) zu überweisen.

62

Nov/Dez '96
11. Jahrgang
DM 3,00

Antifaz

Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus

Schwerpunktthema

**Verrückt
sein
in dieser
Gesellschaft**

Weitere Themen

**Lübecker
Prozeß**

**Unrechts-
praxis für
Verfolgte**

**Forensik
in Hertzen**



Inhalt

- 3 Editorial
- Bericht**
- 4 Straftäterklinik nach Hertzen?
- 9 Verrückt sein in dieser Gesellschaft - Interview
- 17 Geht es nur um "unser" Ansehen in der Welt?
- 20 50 Jahre VVN NRW
- 21 Antifa-Koordination im Kreis Recklinghausen gegründet
- 23 Hertener Aktionsbündnis fordert Überprüfung von "Vestischen Sportaktivisten e.V."
- 26 Endstation Deutschland - Unrechtspraxis für Verfolgte
- 35 (Turkei) Konterguerilla massakriert drei Menschen in Tokat
- Dokumentation**
- 19 Gemeinsame Erklärung der überlebenden Flüchtlinge (Lübeck)
- Kurznachrichten**
- 30 95 Thesen zum Lutherjahr (?)
- 30 Samir Yurdatapan verhaftet
- 31 Soli-Veranstaltung für die politischen Gefangenen in der Türkei
- 31 Ismet Güvenc in Polizeihaft ermordet
- 31 An Zurihose erkrankter DTKPC-Gefangener nicht behandelt
- 32 Selbstverbrennung in Istanbul - Gefangnis Bayrampasa
- 32 Vorsitzende der Plattform für Rechte und Freiheiten beschuldigt
- 34 Grup Yorum wieder frei
- Kommentar**
- 29 Psycho-Terror in der Türkei
- Aufruf**
- 25 Wurzeln und Umland nicht in Nazihand!
- Material** Geschichte Ethiopiens (Teil 1)

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/ dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/ dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/ dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnements-Bedingungen:

Einzel-Abonnement/Jahr: 27,-DM
Förder-Abonnement/ Jahr ab 30 DM
Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM	Breite	Höhe	DM
5,5cm	<6cm	<60,-	5,5 cm	24 cm	120,-
5,5cm	8 - 11cm	60,-	7,7cm	24cm	150,-
10,5cm	8 - 6	75,-	16cm	12cm	150,-
7,7cm	10 - 15cm	95,-			

AntifaZ

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen Autorin verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/ 26345

Redaktionsanschrift:
Antifa-Zentrum
Hemer Str. 43
45657 Recklinghausen
Tel./Fax: 02361/2 1586

Redaktions-sitzung
montags, ab 20 Uhr
Abonnenten- und Anzeigenkonto
BLZ: 430 500 01
Kto.-Nr.: 334 01 027
Stichwort: AntifaZ
Sparkasse Bochum

Auflage: 1000
Druck: Emek Essen

EDITORIAL

"IRRE-SEIN" - "Am Rad drehen, nicht mehr ganz dicht sein, ver-rückt sein", und wie die Palette 'volkstümlicher' Umschreibungen für einen persönlichen Zustand des einzelnen Menschen in dieser Gesellschaft lauten, in welchem **Menschen sich nicht der Norm entsprechend verhalten** - dies ist das **Schwerpunktthema** der vorliegenden Ausgabe.

Aus aktuellem Anlass berichten wir über die **Bürgerbewegung gegen eine "FORENSISCHE KLINIK"**, die in **Herten/Westfalen** gebaut werden soll.

Im Kontrast hierzu steht ein Interview mit der **"IRREN-OFFENSIVE OSTVEST"** aus Datteln, das wir schon in der letzten Ausgabe angekündigt haben.

Wir standen vor der Frage, ob wir das achtseitige Interview in zwei Teilen abdrucken sollen, entschieden uns dann aber, es als Ganztext zu veröffentlichen. Wir entschuldigen uns an dieser Stelle für die "Bleiwüste", die nicht zu verhindern war.

Am **2. November** demonstrierten in **Lübeck** 3000 Menschen gegen die Versuche des Staates, die Opfer des Brandanschlags zu Tätern zu machen und für **"Freispruch für Safwan Eid"**. Da die Demo während der Produktion dieser Ausgabe stattfand, können wir über sie nichts schreiben, allerdings geht **Klaus Dillmann** in seinem Artikel **"Geht es nur um 'unser' Ansehen in der Welt"** auf den aktuellen Stand des Verfahrens ein.

Am **19. Oktober** feierte die VVN in **Mülheim** ihr **50jähriges Bestehen in NRW** - dazu ein Bericht von **Ulrich Sander, Pressesprecher der VVN-BdA**.

Selbstverständlich ruft auch unsere Zeitung zur **bundesweiten Antifa-Demonstration in Wurzeln bei Leipzig** am 16. November auf, wo unter dem Motto **"Kampf den braunen Zonen - den rechten Konsens durchbrechen! Keine Räume für Faschisten!"** gegen die faschistischen Strukturen im Muldentalkreis Front gemacht wird.

Auch mal etwas Positives: Im **Kreis Recklinghausen** hat sich eine kreisweite **Antifa-Koordination** gebildet, die die Fascho-Szene in den Städten und Gebieten des gesamten Kreises untersucht. Positiv vor allem deshalb, weil endlich wieder ein breiteres Antifa-Bündnis zu entstehen scheint, an dem sich **PDS, DKP, Bündnis 90/Die Grünen, VVN-BdA, AFB** und eine **Reihe örtlicher Antifa-Gruppen** beteiligen.

Wir berichten über die Gründungsversammlung und geplante Aktionen des Bündnisses.

In diesem Zusammenhang steht auch eine Untersuchung des **"Hertener Aktionsbündnisses gegen Neofaschismus"**, welche einige der Fascho-Strukturen im Kreis Recklinghausen öffentlich machte.

Länger als in der letzten Ausgabe ist diesmal die **Rubrik "Kurznachrichten"**, in der vor allem Berichte über **Aktionen des faschistischen türkischen Regimes** zusammengetragen wurden. In diesem Zusammenhang sei auch auf einen **Kommentar von Ali Unsal** hingewiesen, der auf spezielle **psychologische Kriegführung des türkischen Staates** gegen Demokraten und Revolutionäre eingeht.

Was leider - noch - fehlt: Der vierte Teil zu **Achim Schürmanns Artikel-Serie über die "(UN)heimlichkeiten des Nazifaschismus"**, den wir aus technischen Gründen nicht auf unser PC-Format übertragen konnten. Er erscheint in der kommenden Ausgabe.

Ein Grundproblem mal wieder - wir haben zu viel Material, können aber nur einen Teil abdrucken. So entfällt auch ein Artikel über das **"Kurdistan - Friedensfestival"** in Köln, an welchem am **21. September** im Müngersdorfer Stadion **70 000 Menschen** zusammenkamen und für eine friedliche politische Lösung und die sofortige Beendigung des Krieges gegen das kurdische Volk eintraten - ausnahmsweise schritt der deutsche Staat diesmal nicht ein, obwohl die Fahnen von **PKK, ERNK und ARGK** deutlich zu sehen waren.

Was sonst noch drinsteht, Ihr seht im Inhaltsverzeichnis.

Für heute beste Grüße,

Für die Redaktion

WT

Straftäterklinik nach Herten?

Verfahren, Diskussion und Folgen

*Vor die Wahl gestellt
zwischen Unordnung und Unrecht,
entscheidet sich der Deutsche für das Unrecht.*

Johann Wolfgang von Goethe

Am Freitag, den 13. September 1996, gelangte die Nachricht nach Herten, daß der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) in Herten am Schloßpark eine Klinik für psychisch kranke Straftäter errichten will. Keine demokratische Regel wurde eingehalten. Die Kommunalpolitik erfuhr die Nachricht aus den Medien. Innerhalb eines Monats sollten die notwendigen Beschlüsse von zwei Ausschüssen des LWL vorliegen, Baubeginn soll 1997 sein und 1999 die neue Forensik bezogen werden. Der Stadt Herten war die Rolle eines Statisten zugeteilt, denn zu der Standortentscheidung wird sie nicht gefragt. Per Anordnung durch den NRW-Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS), Dr. Axel Horstmann, soll der Bau nach § 37 Bundesbaugesetzbuch durchgesetzt werden.

Hinter der Aktion steht zuerst das Problem, daß die forensische Klinik in Lippstadt-Eickelborn (ca. 350 Patienten) überbelegt ist. Angeblich seit 14 Jahren bemüht sich der LWL darum, einen weiteren Standort für eine Forensik zu finden. Die Erfahrungen der Vergangenheit, wohl mit Unna und Dorsten, hätten dazu geführt, daß an jedem potentiellen Standort mit Widerstand zu rechnen sei. Um die Dezentralisierung von Eickelborn überhaupt durchführen zu können, sei man im LWL zu der Auffassung gekommen, daß Mitspracherechte für die potentielle Standortkommune nicht eingeräumt werden sollten.

Mißtrauen ...

Da man den Mitgliedern der eigenen politischen Gremien auch nicht „traute“, sollte nicht die Landschaftsversammlung die notwendigen parlamentarischen Beschlüsse fassen, sondern der Gesundheits- und Krankenhausausschuß und der Landschaftsausschuß. Die Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen im Landschaftsverband ging noch ein Stückchen weiter. Sie beantragte, daß die möglichen Standorte anonymisiert werden, was heißt, daß im politischen Bereich des LWL niemand die Namen der Standorte kennen sollte. Anhand eines Kriterienkatalogs, der von

einer Expertenkommission entwickelt wurde, sollte ausschließlich nach Sachgesichtspunkten eine Entscheidung getroffen werden (eine Illusion, wie sich herausstellte). Damit waren die Grundstrukturen einer Diskussion festgelegt, die Herten nun über 6 Wochen beschäftigt und im Ergebnis so manche böse Überraschung birgt. Die Politik in Herten war natürlich nicht damit einverstanden, daß über ihren Kopf hinweg Entscheidungen getroffen wurden. Der Bürgermeister stellte sich an die Spitze des Widerstandes in der Hertener Bevölkerung gegen die Standortentscheidung eines demokratisch nicht legitimierten Gremiums (Experten und Ältestenrat des LWL). Dazu muß man wissen, daß die Welle des Protestes in Herten bereits lief, als die Politik hinzukam.

... und die Folgen

Eine eilig angesetzte Sonderratssitzung am 17. September in der Hertener Gesamtschule wurde zur Demonstration des Widerwillens gegen ein undemokratisches Verfahren, aber auch ein Zeichen der Intoleranz gegen psychisch kranke Straftäter, die irgendwo therapiert werden müssen, und diejenigen, die etwas differenzierter an das Problem herangehen wollten, wie die Hertener Grünen.

Diejenigen, für die soziale Verantwortung gegenüber den Schwachen in unserer Gesellschaft keineswegs ein Fremdwort ist, wurden durch das beschlossene Verfahren in eine Reihe getrieben mit denjenigen, die mit dem Aufbegehren ganz andere Motivationen verbinden. Ausgelöst durch das „merk“würdige Verfahren, gab es wichtige Informationen erst gar nicht: Bis heute kann niemand nachvollziehen, weshalb der Standort Herten „der geeignetste“ sein soll, zu dem es keine „adäquate Alternative“ (gemeinsame Erklärung der LWL-Fraktionen) gibt, da andere angeblich(?) untersuchte Standorte unbekannt sind. Wenig oder keine Informationen ließen insbesondere in den ersten Tagen die Vorurteile über die Patienten der Forensik „blühen“. Eine regelrechte Angstpsychose breitete sich, verstärkt durch aktuelle Ereignisse in Moringen und Erpfach und dem Eindruck der belgischen Diskussion des „Dütroux-Syndroms“ (Focus), in Herten aus.

Stammtischparolen ...

Stammtischparolen und Vorurteile auf allen Seiten bestimmten weitgehend den Gang der Diskussion. Gegen Mitglieder der örtlichen Grünen wurden Morddrohungen ausgesprochen, sogar Vorschläge zu Bürgerwehren werden öffentlich gemacht. (Zuletzt als Flugblatt in DIN-A-5 Format in Westerholt, Text nebenstehend. Wegen Volksverhetzung wurde Anzeige gegen unbekannt erstattet!) Von den Vorgängen völlig unbeeindruckt zeigen sich die Verantwortlichen in Verwaltung und politischem Bereich des LWL. Das was in Herten nun geschah, war genau die Reaktion, die sie erwartet hatten. Es kam ihnen zu keiner Zeit in den Sinn, daß sie mit ihrem eigenen Verfahren die heftige Reaktion mit provoziert haben könnten. Für sie waren Hertener Politiker für die ausufernde Diskussion verantwortlich, der Aufstand sei ihr Werk. Die mittlerweile kursierenden Info-Blättchen des LWL beinhalten Vorwürfe an den Hertener politischen Bereich, dem man Populismus

vorwirft. (Eine Äußerung der SPD-Bundestagsabgeordneten Schmidt-Zadel, die sie nach einem Besuch bei Hertener Pfarrern zurücknahm.) Ein vom Hertener Rat verabschiedeter Fragenkatalog führt durch die laxen Beantwortung des LWL zum Eklat im Verhältnis zwischen LWL und Herten. Die Hertener Politiker halten im Gegenzug den LWL für dafür verantwortlich, daß „Demokratie mit Füßen getreten wird“, daß man die Hertener Sachargumente nicht zur Kenntnis nimmt und in den Abwägungsprozeß einbezieht. Man fühlt sich in Herten nicht ernstgenommen und sieht keine Veranlassung mehr, sich mit den Münsteranern zu unterhalten. Anstatt zu einem Dialog zu finden, legt jede Seite immer noch eine „Schüppe“ drauf. Spaß an der Situation kann eigentlich in Herten nur die extreme Rechte haben. Die Diskussion arbeitet ihnen zu, ohne daß sie

Forensik in Herten

Bürger!

Wehrt Euch!

Eltern!

Zeigt Verantwortung!

Die Entscheidung ist da!

Jetzt sind wir auf uns gestellt!

Wenn die Anstalt steht,

gibt es keine Sicherheit mehr!

Unsere Kinder und Frauen dürfen und werden

das „Restrisiko“ nicht tragen müssen!

Kinder einsperren,

damit Triebtäter frei laufen können??

NIEMALS!

Jetzt ist es an uns selbst, uns zu schützen! Nicht mit

uns bei dieser Vollzugspraxis!

Bürgerwehr beim ersten Spatenstich!

BWF- Bürgerwehr gegen die Forensik
verzwelfelter Eltern und Bürger

selbst einen Finger zu krümmen brauchen. Aus dem letzten Wahlkampf kennen wir die Parole der „Deutschen Liste“ - „Todesstrafe für Kinderschänder!“

... und unwürdige Diskussionen

In den unwürdigen Diskussionen der letzten Wochen sind solche Gedanken sicherlich

vielen durch den Kopf gegangen, auch wenn sie nicht immer ausgesprochen wurden. Vorwürfe in diese Richtung, so wie von den Grünen Elke-Marita Stuckel-Lotz (sie beschrieb die Mentalität der Standortgegner pauschal mit „... Am besten gleich verbrennen, vergasen, Kopf ab, Hand ab, Fuß ab - Todesstrafe, Euthanasie - bloß weg damit!!!“, WAZ, 18.9.96) oder Matthias Strehle („Die 70 000 Unterzeichner des Protestes gegen den Bau der Straftäter-Klinik in Herten würden gegebenenfalls auch für die Einführung der Todesstrafe votieren“, WAZ, 31.10.96), heizen die Atmosphäre erst richtig an und bewirken genau das Gegenteil von dem, was eigentlich notwendig wäre. Es werden Emotionen geschürt, wo eigentlich rationale Überlegungen gefördert werden müßten. Das ganze könnte man als „sich selbst erfüllende Prophezeiung“ bezeichnen: Man schafft sich selbst die Reaktion, die man vorgibt zu bekämpfen. Übrigens genauso wie der Landschaftsverband. In einem Aufsatz über den Neonazi und Serienmörder Thomas Lemke hatte ich von der gesellschaftlichen Funktion der Ächtung von Naziideologien gesprochen. Sie hält einen Schutzwall aufrecht. Fällt dieser Wall, dann muß man mit der extremen Rechten verstärkt rechnen. In Herten wurden die „Mauern“ niedergerissen. Wer mag sich dafür verantwortlich fühlen? Das Rad der Geschichte kann nicht zurück-gedreht werden, das ist eine altbekannte Tatsache. Nur wenn schleunigst zu einem eini-germaßen vernünftigen Verfahren zurückge-funden wird, mögen die schlimmsten Auswirkungen noch vermeidbar sein.

Demokratieabbau ...

Praktizierter Demokratieabbau - das ist man von CDU und auch SPD gewohnt. Demokratieabbau wird durch undemokratische Gesetze, die nur durch das Starren auf zu erreichende Ziele und die Lobbyisten der Nutznießer zustande kommen (z.B. Investitionserleichterungsgesetz), seit Jahren betrieben. Beteiligungsrechte von Bürgern wurden als Investitionshemmnisse gleich massenweise aufgegeben. Die einzigen im politischen Bereich, die sich dagegen bisher massiv zur Wehr setzten, waren die Grünen. Konnte man doch mit den Gesetzen auch Technolo-

gien durchsetzen, die von ihnen wegen ihrer potentiellen Gefährlichkeit für die Gesundheit der Menschen bekämpft werden, z.B. Atom- oder gentechnologische Anlagen, Müllverbrennungsanlagen. Entgegen ihren programmatischen Aussagen, daß „politische Entscheidungen über wichtige Fragen (...) oft gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt“ wurden, und der immer wieder erhobenen Forderung nach der Stärkung der „direkten Einflußmöglichkeiten“ durch „Bürgerbegehren und Volksentscheid“ (Bundesprogramm zur I. gesamt-deutschen Bundestagswahl 1990, S.37) bei „regionalen und bundesweiten Entscheidungen“ setzen die Grünen im Landschaftsverband auf wenig demokratische Mittel. Sie befürworten ausdrücklich die Anwendung des Ausnahmeparagrafen 37, mit dem sonst weniger geliebte Truppenübungsplätze oder ähnliches durchgeboxt wird. Die ehemals ebenfalls geforderte „gläserne“ Verwaltung wird per eigenem Antrag zur Verschleierung der Wirklichkeit. Widersprüchlicher und konservativer geht es nicht mehr, denn mit radikaler Demokratie oder gar neuen Konzepten für eine andere Gesellschaft hat die Standortsuche für eine forensische Klinik nun wirklich nichts zu tun. Eine Forensik ist eine „Reparatur-einrichtung“ der Gesellschaft, die eben nicht grundsätzlich das Ziel hat, Mißstände abzuschaffen, sondern einzelnen Betroffenen (individuell) die Rückkehr in die Gesellschaft ermöglichen will (Resozialisierung). Unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen sind solche Einrichtungen sicherlich auch unverzichtbar und wichtig.

... und Alternative

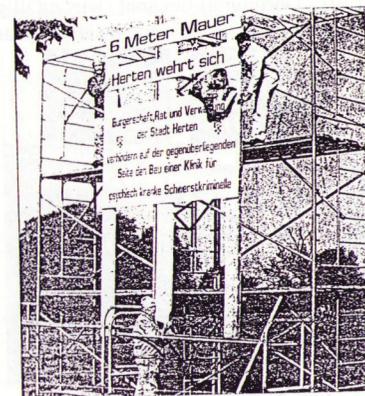
Mißt man Grüne an dem selbst formulierten Anspruch, dann hätten die Grünen im LWL sich anders verhalten müssen. Ihre Forderungen hätten lauten können: Alle untersuchten 18 Standorte veröffentlichen, eine breite Diskussion über die Notwendigkeit von Standorten und Therapie von psychisch kranken Straftätern führen. Selbstverständlich wäre überall Unmut und Widerstand aufgekommen. Selbstverständlich wäre es überall zur Gründung von Bürgerinitiativen gekommen - aber etwas wäre grundsätzlich anders: Bei der Nennung aller potentiellen 18 Standorte

wäre die Diskussion so hysterisch wie in Herten nicht verlaufen, weil niemand den Eindruck haben kann, von einer anderen Behörde überfahren zu werden, ohne sich wehren zu dürfen, d.h. von vornherein hätte der politische Bereich anders reagieren müssen, schon weil nicht 18 Standorte gesucht werden, sondern wohl nur 3. Damit sinkt die relative „Bedrohung“ des eigenen Standortes. An jedem potentiellen Standort fällt es leichter, eine sachliche Diskussion zu führen, weil die Menschen sich zwangsläufig mit den Problemen der Forensik auseinandersetzen müßten und sich nicht über ein undemokratisches Verfahren herausreden könnten. Es sind andere Haltungen in der Bevölkerung zu erwarten, da die Probleme Eickelborns, wie die des Maßregelvollzugs selbst, in die Überlegungen einbezogen werden müßten.

Akzeptanz ...

Nach einem abgeschlossenen Informationsprozeß hätte man eine weit informierte Öffentlichkeit, und zu treffende Standortentscheidungen wären nachvollziehbar, könnten daher von der Bevölkerung eher akzeptiert werden. (Auch wenn nicht damit zu rechnen ist, daß sich eine Kommune freiwillig meldet!) Wenn die Information nicht dazu führt, daß weitgehend akzeptierte Standorte gefunden werden, dann könnte immer noch zu einem Durchsetzungsinstrument (z.B. § 37 BBauGB) gegriffen werden. Nur gehört die Diskussion darüber nicht an den Anfang einer Diskussion sondern bestenfalls - wenn überhaupt - ans Ende. Man muß leider auch davon ausgehen, daß ähnliche Stammtischdiskussionen wie in Herten oder Dorsten in 18 Kommunen geführt würden. Die Gefahr bestünde, daß Schutzwälle gegen die Naziideologie ebenfalls niedergerissen würden, jedoch wäre nicht jede Stadt Dorsten, wo Neonazis direkt in die Diskussion eingreifen konnten, wie es für Herten noch zu befürchten steht. Eine Zersplitterung der Diskussion auf 18 Standorte würde noch die Kräfte der Neonazis übersteigen. So, wie die Diskussion in Herten geführt wurde, ist es ein exemplarisches Beispiel dafür, wie man es nicht machen sollte. Daß ausgerechnet die Grünen des LWL sich an die Spitze des Demokratieabbaus gesetzt haben, kann damit zu tun haben,

daß sie nicht an demokratische Verfahrensweisen im Zusammenhang mit der Forensik glauben (dafür spräche auch der Umgang mit dem OV Herten), daß sie sich schlicht und ergreifend überhaupt keine Gedanken über die möglichen Auswirkungen des Verfahrens gemacht haben (dafür spräche ihr Unverständnis gegenüber der Kritik an dem Verfahren), daß sie bei der Abwägung die Minderheitenrechte vor die demokratischen Regeln setzten, möglicherweise um ihr an die Bürger von Eickelborn gegebenes Verspre-



Stadtverwaltung organisiert Widerstand

chen zur Dezentralisierung der Einrichtung schnell oder überhaupt einlösen zu können. Letztendlich ist es allerdings ein Bärendienst, den sie der Allgemeinheit erwiesen haben. „Wer die in Herten grassierende Angst (...) als bloße Panikmache mißversteh, erweist der Sache einen schlechten Dienst. An vorderster Stelle hat hier der Direktor des Landschaftsverbandes versagt. (...) Wer so ignorant vorgeht, schürt geradezu zusätzliches Mißtrauen, anstatt die Akzeptanz für eine notwendige Einrichtung zu fördern. (...)“

... und offene Diskussion

Gefragt ist statt dessen eine offene Diskussion über den besten Weg, Risiken zu minimieren. Dieser Debatte muß sich auch die Düsseldorf Landesregierung endlich vor Ort stellen. Gewiß, leicht wird das nicht. Doch an der Hertener Bevölkerung vorbei läßt sich die Klinik nicht realisieren. Eine

schnöde Machtpolitik wird scheitern - und das ist gut so.“ (Walter Jakobs, die tageszeitung, 11.10. 1996) Blicke anzuwenden, daß auch der gesamte politische Bereich des LWL Grund hat, über das Verfahren nochmals nachzudenken. „Blinde-Kuh“-Spiele als Mittel der Politik kann und darf nicht an die Stelle von „gläsernen Verfahren“ treten, da ohnehin niemand sicher sein kann, daß nicht doch jemand „guckt“! Der im Ministerium neben Hertzen untersuchte Standort in Dortmund war vermutlich Herrn Sommer (Sprecher der CDU im Gesundheitsausschuß des LWL, Dortmund) bekannt (Die zufällige Nennung Dortmunds bei einem Gespräch am



Eine Familie demonstriert Angst

23.9. in Münster löste bei ihm eine zunächst nicht erklärbare Reaktion aus, bei der er eine Litanei von Gründen aufzählte, die alle gegen den Standort Dortmund sprachen.). Er war sichtlich erleichtert, daß die Wahl auf Hertzen gefallen war, vermutlich wie Herr Dr. Scholle (früher Dortmund) und Herr Schäfer (Sprecher der SPD im Gesundheitsausschuß des LWL, ebenfalls Dortmund).

Mehr Demokratie ...

Aber auch der MAGS, Dr. Axel Horstmann, (SPD) hat seine Geschichte. Als Stadtdirektor von Detmold unterstützte er eine Resolution des dortigen Rates Anfang 1995 gegen die Unterbringung einer Forensik im ehemaligen Bundeswehrkrankenhaus. Geradezu genüsslich werden derzeit solche Dinge in Hertzen „ausgeschlachtet“. Sie dienen zuerst als Beleg, daß der eigene Widerstand berechtigt ist. Erst in zweiter Linie soll die Berechtigung, ein Verfahren nach § 37 BBauGB

durchzuführen, in Zweifel gezogen werden. Unter dem Strich bleibt letztlich etwas viel Schlimmeres: Es bleibt der Eindruck der Bevölkerung, daß die „Moral“ der Politik einfach „versaut“ ist. Persönliche Interessen und nicht das „Wohl der Allgemeinheit“, das sie selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen, stehen in der Politik an erster Stelle. Dem Verdacht setzen sich auch die Grünen des LWL aus, denn Hertzen wurde in den beiden Ausschüssen bestenfalls in dem Sinne angesprochen, daß in Hertzen „menschenverachtend“ geredet und gehandelt wird. Kein Wort zur Angst, die in Hertzen einfach nur da ist und die durch Beschimpfung nicht beseitigt werden kann. Kein Wort zu den sachlichen Argumenten, die Standort und Verfahren betreffen - nur Rechtfertigung dafür, warum man glaubt, zu solchen Mitteln greifen zu müssen. „Staatstragende“ Grüne, die die eigenen Analysen und Erkenntnisse vergessen haben, die sie dahin brachten wo sie nun sind. Dabei wollten sie in den Parlamenten einiges anders machen.

... statt konservativer Strategien

So treiben der LWL und die verschiedenen unangemessenen Reaktionen in Hertzen Menschen in die Arme von „Rattenfängern“ - genauer: ins rechtsradikale Lager! Vorwürfe an die SPD in Hertzen, den Wahlkampf vorgezogen zu haben, sind ebenfalls falsch, denn auch die SPD wird - wie die Grünen - aus dieser Diskussion keinen Nutzen ziehen, und vielen Sozis in Hertzen ist das durchaus bewußt. Welche Konsequenzen die Diskussion in Hertzen letztendlich auf das rechtsextreme Potential haben wird, kann wohl erst in der Zukunft realistisch beurteilt werden. Entscheidend wird dabei sein, ob das demokratische Verfahren noch geändert wird. Frank Reber, „Orts-Leiter“ der „Deutschen Liste“, tat in der Ratssitzung am 30.10.96 erstmals vom Balkon lautstark seine Meinung kund und „duzte“ dabei den Bürgermeister. Offenbar fühlt er sich im Ratssaal inzwischen heimisch - so wie im Gerichtssaal, wo er auch durch Zwischenrufe auffiel.

Hans-Heinrich Holland,

Aktionsbündnis gegen Neofaschismus Hertzen,
Grüne Hertzen

VER-RÜCKTSEIN IN DIESER GESELLSCHAFT...

Ein Interview mit der IRREN-OFFENSIVE OSTVEST in Datteln

Seit nunmehr drei Jahren arbeitet im Kreis Recklinghausen (für Ortskundige: im 'Vest Recklinghausen, daher der Name Ost-Vest) eine Gruppe mit dem Namen IRREN-OFFENSIVE. Schon vor Erscheinen der letzten Ausgabe unserer Zeitung hatten wir ein ausführliches Interview mit dieser Gruppe durchgeführt.

Damals waren die Ereignisse um den geplanten Bau einer "Forensischen Klinik" (siehe auch Berichte dazu in dieser Ausgabe) in Hertzen (ebenfalls Kreis Recklinghausen) noch nicht bundesweit in die Schlagzeilen der Medien geraten.

Die Diskussionen in Hertzen stehen zwar in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Arbeit der IRREN-OFFENSIVE, sind aber durchaus in einem größeren gemeinsamen Zusammenhang zu sehen.

Schon in früheren Ausgaben unserer Zeitschrift haben wir uns (damals vor allem mit Unterstützung des GEN-ARCHIVS ESSEN) mit dem Problem der 'Behinderung' in dieser Gesellschaft beschäftigt. Das Thema "Psychiatrie" ist von uns bisher aber noch nicht detailliert behandelt worden. In dieser Ausgabe beginnen wir damit und hoffen auf Zuschriften, da wir uns auf diesem Gebiet noch keineswegs fachkundig machen konnten.

Im folgenden nun das Gespräch mit der IRREN-OFFENSIVE OSTVEST:

AntifaZ(A): Wer seid Ihr und was bedeutet der Name IRREN-OFFENSIVE ?

IRREN-OFFENSIVE (IO): Der Name soll erst einmal provokativ wirken. Er ist Ausdruck davon, daß es Missstände gibt, gegen den sich eine IRREN-OFFENSIVE formiert hat. Wir wollen in die Offensive gehen gegen die Missstände in den Psychiatrien. Wir sind in unserem "Verrücktsein" aus der gesellschaftlichen Norm verrückt. Wir treten ein für menschenrechtlichere Behandlung in den Psychiatrien. Der Begriff ist von der Berliner IRREN-OFFENSIVE übernommen worden, die schon seit etwa 12 Jahren besteht. Wir denken, der Name ist deshalb gewählt worden, weil der 'geistig Verwirrte' in dieser Gesellschaft als "irre" gilt

A: Seit wann gibt es denn nun die "IRREN-OFFENSIVE OSTVEST" ?

IO: Unsere Gruppe gibt es seit etwa drei Jahren, ich habe mit einigen der hier Anwesenden diese Gruppe ins Leben gerufen, weil meine persönlichen Erfahrungen in der Gesellschaft schlechthin und auch insbesondere in der Psychiatrie einen gewissen Unmut bewirkt haben, vor allem wegen der Praxis der Ausgrenzung in der Gesellschaft, dann auch wegen der Praxis der Instanzen. Wenn man psychische Probleme hatte und dann zum Psychiater gegangen ist, wurde man dort mit sogenannten Medikamenten, eigentlich mit legalen Drogen, versorgt, betäubt, ruhig gestellt. Hinzu kommen meine Erfahrungen in der Anstalts-Psychiatrie. Meine Erfahrungen

hier kann ich nicht anders denn als Folter bezeichnen. Hier habe ich teils unter großen Schmerzen erlebt, wie man Menschen bis zur Bewegungsunfähigkeit ruhiggestellt hat, durch Injektionen und Tabletten. Der Wert einer solchen 'Therapie' ist für den Betroffenen schlichtweg Null.

Vor allem die Zwangseingewiesenen werden besonders gerne 'vollgespritzt und vollgestopft' mit sogenannten legalen Drogen. Diese Erlebnisse haben mich bewogen, mit einigen Leuten eine autonome Gruppe wie diese zu gründen.

A: Autonome Gruppe - autonom in Bezug worauf ?

IO: Unabhängig von Instanzen, Einrichtungen und Kliniken, eine Selbsthilfegruppe, unabhängig auch von paritätischen Wohlfahrtsverbänden, gebildet nur von 'Betroffenen', Menschen, die selber Erfahrungen mit Psychiatrie und allen diesen Phänomenen gemacht haben, nicht irgendwelche Leute, die sich da ihr 'Helfer-Syndrom' abarbeiten oder sich sonstwie gerne in Szene setzen wollen. Unabhängig vor allem von Leuten, die gegen die Interessen der psychiatrisch Behandelten arbeiten und gearbeitet haben. Ich persönlich bin auch Mitglied im "Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener".

A: Könnt Ihr an einigen Beispielen erläutern, wie Ihr konkret mit Psychiatrie in Kontakt gekommen seid ? Es wäre sinnvoll, wenn einzelne von Euch ihre Erfahrungen berichten könnten.

IO: Ich bin eher ein Nachzügler in der Irrenoffensive. Ich konnte Erfahrungen in einer psychiatrischen Klinik sammeln und habe das Durchgangsstadium der Psychose sehr krass und brutal, oder man könnte auch sagen, von oben inszeniert, als faschistoid empfunden, zumindest als Freiheitsberaubung und auch als fehlende Mitsprache, und ich habe meinen weiteren Werdegang außerhalb der Klinik als Befreiung empfunden

A: Sagt doch mal ganz konkret, wann und wie ein Mensch Erfahrungen mit Zwang psychiatrie macht. Wann kann er von Instanzen seiner eigenen Handlungsfähigkeit beraubt werden, welche Voraussetzungen müssen dazu eintreten?

IO: Es gibt da drei Möglichkeiten: Einmal nach dem Psychisch-Kranken-Gesetz (**PsychKG**), dann nach dem Betreuungsrecht, und die dritte Möglichkeit ist, strafrechtlich nach § 63 des BGB, die psychiatrische Unterbringung in einer Forensischen Klinik.

A: Wer entscheidet denn nun, ob jemand zwangseingewiesen wird oder nicht?

IO: Die Entscheidung trifft letztlich ein Richter. Der hat aber in der Regel keine Ahnung und unterschreibt nur, wenn der Psychiater einer Zwangseinweisung zustimmt. Dann geht die Sache vor Gericht, und der Richter gibt seinen Segen dazu. Ich wurde z.B. von einer Psychaterin 15 Minuten begutachtet und dann zwangseingewiesen.

Die Psychiatrie versorgt sich ja quasi selbst, sie ist die einzige Institution, die sich selbst versorgt.

A: Wer ist "die Psychiatrie"?

IO: Das sind die beruflichen Psychiater, die Anstalten, der Landesverband Westfalen Lippe. Diejenigen, die immer wieder dafür sorgen, daß Leute in die Psychiatrie kommen, sind die Leute vom Sozialpsychiatrischen Dienst. Wenn jemand z.B. psychisch krank war, durch Zwangseinweisung in die Psychiatrie gelangt war, dann geht im Nachhinein die ganze Sache zum Sozialpsychiatrischen Dienst. Die versuchen, die Leute in "Betreutes Wohnen" zu kriegen und ständig ein Auge auf die zu halten, die darauf achten, dass die regelmäßig ihre Medikamente nehmen und ja nicht wieder von der Norm abweichen.

Wenn jemand so unter Beobachtung steht, wird ihm immer wieder gedroht, entweder nimmst Du jetzt Deine Medikamente, oder es geht zurück in die Klappe. Und wehe, der Mensch wird aufmüpfig und sagt, jetzt will ich dieses Zeug nicht mehr, das lähmt mich, das bringt mich fast um - es ist ja erwiesen, dass Menschen, die für längere Zeit Neuroleptika einnehmen müssen, hochgradig suizidgefährdet sind, weil die mit ihrem Leben nichts mehr anfangen können. Das sind Drogen, die nicht nur die Nerven betäuben, die betäubt werden sollen, sondern das ganze zentrale

vegetative Nervensystem. Es können Dauerschäden hervorgerufen werden, physische es psychische. Es müsste verboten werden, so viel starke Medikamente zu verschreiben. Durch die vielen starken Medikamente erkranken die Leute früh an Krebs, an Bluterkrankungen. Es ist erwiesen, dass durch ständige Einnahme von Neuroleptika das Borderline-Syndrom auftreten kann, oder verfrühter Alzheimer, Parkinson.

Im Moment sprießen die Behindertenheime und die Heime für psychisch Kranke nur so aus dem Boden, weil man versucht, diese Leute auszugliedern. Man macht sie erst kaputt, und dann weiß man nicht, wohin damit, alleine können sie ja nicht bleiben, also bauen wir ein schönes Heim für sie. Das kostet uns dann auch viel Kohle, denn der Tagessatz ist ja auch nicht sehr gering. Dadurch haben wir dann wieder neue Arbeitsplätze, und so verdienen sich die Psychiater und Therapeuten eine goldene Nase. Die Leute aber gehen kaputt, denn im Prinzip wird ihnen durch derartige Heime nicht geholfen. Es wird ihnen die Möglichkeit, wieder selbständig zu werden, verbaut.

Dagegen gehen wir an. Wir haben schon Leute aus den Psychiatrien geholt, die mit einer Zwangseinweisung drin waren, bei denen wir nachweisen konnten, dass die Zwangseinweisung ungerechtfertigt war. Nach dem **PsychKG** muss es so sein, dass Du entweder fremdgefährdend bist oder eigengefährdend. In meiner Zwangseinweisung war dies nicht der Fall, ich wollte mir nichts antun, ich wollte auch anderen nichts antun, ich wollte lediglich meine Ruhe haben. Dann kam ich in die Psychiatrie, wurde von fünf Mann auf ein Bett geschmissen und niedergespritzt. Wenn ich redete, gab man mir keine Antwort, ich war ja sowieso verrückt. Ich hatte mich natürlich aufgeregt: Da steht auf einmal der Psychiater in der Wohnung, mit meinen Eltern. Ich hatte dem ja nicht aufgemacht, der ist mit meiner Mutter reingekommen, und da habe ich mich darüber geärgert, dass auf einmal so viele Leute in meiner Wohnung standen. Das war dann mehr oder weniger so eine Art der 'Fremdgefährdung', weil ich mich in meiner eigenen Wohnung aufgeregt hab'.

A: Ja, worin soll Deine 'Krankheit' denn nun bestanden haben?

IO: Du musst sehen, dass dies Psychisch-Kranksein - wir bestreiten ja, dass das eine 'Krankheit' ist -, aus der Kindheit kommen kann, das kann soziale Ursachen haben, also seelischer Art. Die versucht man dann, mit Medikamenten, mit Chemie, zu beseitigen. Beseitigen kann man nicht, man unterdrückt damit.

Was bisher zu wenig angesprochen wurde: Die Medikamente haben auch eine tödliche Wirkung. Wir haben im Jahr einige tausend Todesfälle, nur aufgrund dieser Medikamente.

Die Kollegin sprach eben die Nervenfrage an, die Wirkungen gehen aber auch bis ins Herz, dann haben wir ein Herzversagen, dann ist der Mensch tot.

Das sind ja Nervendämpfungs-, früher hießen sie Nervenlähmungsmittel. Man kann damit gar nichts bewirken. Man sagt, da sind vielleicht dreissig auf der Krankenstation, dreissig, das würde kein Arzt aushalten, wenn die abgedreht sind, dann sagen die sich, viel bequemer ist es, wir setzen die alle unter Dampf und ziehen uns in unsere Kabinen zurück. Du kannst Dich ja auf solchen Stationen mal erkundigen, ich gehe dorthin, die Leute besuchen. Wenn ich einen Pfleger brauche, gehe ich los und muss ihn beim Kaffee stören. Der hat sich in sein Pflegerzimmer zurückgezogen, und die Leute auf der Station sind für sich alleine. Die sind aber praktisch so vollgepumpt, die beseibern sich und was nicht alles. Das ist tasächlich unmenschlich. Als ich das das erste Mal sah, ich war früher elf Jahre bei amnesty international, hab ich geglaubt, so was gibts gar nicht, zumindest nicht in Deutschland.

A: Ich hab noch eine Nachfrage zum Sozialpsychiatrischen Dienst, ist das eine Einrichtung auf kommunaler Ebene?

IO: Das sind z.B. Instanzen wie das Ordnungsamt, was Betroffene einweisen lassen kann, über Polizei mitnehmen lassen kann; das ist weiter das Kreisgesundheitsamt, das einen Sozialpsychiatrischen Dienst hat, durch den die Leute auch observiert werden, weniger begutachtet werden, ob sie nicht mal wieder ein bisschen daneben sind und Gründe zur Einweisung liefern.

A: Mal ganz praktisch: Wer beantragt denn beim Ordnungsamt, dass gegen irgendeinen Menschen, den er für psychisch auffällig hält, eine Massnahme eingeleitet wird?

IO: In der Regel sind es die Angehörigen, aber die tun das oft im guten Glauben, dass der Mann oder die Frau dann in der Anstalt besser versorgt sind, weil sie vielleicht selbst mit dem Problem nicht mehr fertigwerden.

A: Nennt mal Beispiele für Vorfälle, die dazu geführt haben, dass z.B. Angehörige gesagt haben, der oder die ist doch ver-rückt.

IO: Es reicht doch z.B., wenn einer mal ein paar Tage lang laute Musik macht.

A: Das kann ich mir nicht vorstellen, dass bei mir, wenn ich mal ein paar Tage laute Musik mache, einer vor der Tür steht und sagt, der muss zwangseingewiesen werden.

IO: Das ist mir passiert. Ich hab bei mir zuhause etwas lauter Musik gehört, meine Eltern, die auch im Haus wohnen, fühlten sich belästigt, schalteten mir den Strom ab, woraufhin ich dann etwas gegen die Tür meiner Eltern geklopft hab' und aus Wut eine Lampe zerschlagen habe, woraufhin meine Eltern die Polizei geholt haben, die mich dann sofort in Handschellen abführte,

erstmal zur Polizeiwache mitnahm, von da kam ich, weiterhin in Handschellen, die nicht etwa gelockert oder mir abgenommen wurden, obwohl ich bereit war, mich diesem Treiben zu fügen, zum Zentrum für Psychiatrie in Hertlen. Dort erst wurden dann die Handschellen gelöst. Ich empfand diese Behandlung als schlicht grauam.

Ich kann einen weiteren konkreten Fall nennen. Wir haben in Gelsenkirchen eine Sozialarbeiterin, wenn die ein bisschen abdreht, braucht die laute Musik. Das reicht jedesmal aus, wenn die Nachbarn dann anrufen, dass sie abgeholt wird. Das ist dann ein Ver-rücken der Norm. Die Frau ist dann noch lange nicht so, dass man mit ihr nicht mehr umgehen könnte. Aber wenn man sie dann zwei Tage später in der Anstalt besucht, dann kann man mit ihr nicht mehr sprechen.

A: Könnt Ihr mal ein wenig mehr zu diesem 'Ver-rücken der Norm' eingehen?

IO: Wenn Du die Norm nicht mehr erträgst, weil sie dich unterdrückt, und begehrt dagegen auf, dann kannst Du als 'ver-rückt' bezeichnet werden. Wir haben nun allerdings auch Grundrechte, das Recht der freien Meinungsäußerung, auf freie Entfaltung, das Recht, frei zu sein. Bei der Unterbringung z.B. in einer Forensischen Klinik, hat der Bundesgerichtshof festgestellt, dies sei ein 'Sonderopfer', man erkennt an, dass dies noch schlimmer ist als Gefängnis, man wird ja eingetragen bis zum 70. Lebensjahr, oder bis zum 90. Lebensjahr, in Berlin, da ist also überhaupt nicht mehr rauszukommen.

Ich sehe das Problem bei der 'Normalität' nun nicht nur darin, dass man übergebührlich auffällig wird, das Problem ist tiefer mit unseren gesellschaftlichen Strukturen verknüpft. Wenn Kinder oder Jugendliche z.B. Autoritätspersonen begegnen, dürfen sie auch nicht machen, was sie in ihrem stillen Kämmerlein tun. Wenn man zu jemandem sagt, der ist erwachsen, der hat sich ganz besonders stark anzupassen an gesellschaftliche Zwänge und Normen, das ist aber im normalen Alltag oder auch im Klinikbereich nicht möglich. Der 'Psychotiker' sucht immer gesellschaftliche Freiräume, wo er seine Erfahrungen mit anderen Menschen austauschen kann, das verarbeiten kann, um wieder halbwegs ein freier Mensch zu sein, um sich mit anderen auszutauschen, um kreativ zu sein und ähnliches. Das ist aufgrund der mangelnden Krankheitseinsicht der 'Normalen' nicht möglich, nicht aufgrund der mangelnden Krankheitseinsicht des 'Psychotikers'. Der beginnt irgendwann, seine Krankheit zu begreifen.

A: Wir sollten noch einmal etwas genauer über diesen 'Krankheits'-Begriff reden. Du hast jetzt mehrfach den Begriff 'Psychotiker' verwendet, daraus schliesse ich, dass du sagst, von einem bestimmten Punkt an ist ein Mensch tatsächlich psychisch krank und nicht mehr einer, der nur die Normen ein Stück ver-rückt. Ist das so?

IO: Dazu etwas allgemeiner: Dies Wort "Verrückt-sein" stammt auch von Experten, von psychiatrischen Autoren. Es bedeutet nur, dass man zugibt, diese Schizophrenie liegt irgendwo latent in jedem Menschen. Das Bewußtsein ist außerhalb gerückt von dem, was real Tatsache ist oder was real als normal empfunden wird. Das wird dem Patienten auch ständig vorgeworfen, du hast mangelnden Realitätssinn. Er kann sagen, was er will, das kann noch so vernünftig sein, es kann noch so praktisch sein, es ist immer mangelnde Realitäts- und Krankheitseinsicht, die ihm zum Vorwurf gemacht wird. Das führt zu einer Verschlimmerung der Situation, und man kommt aus diesem Teufelskreis nur raus, indem man sich zurücknimmt, sich selber Gedanken über diese Situation macht, und was noch viel wichtiger ist, dass man die ganze Radikalität dieser Situation mit anderen austauscht, mit Menschen, die ähnliches durchgemacht haben.

Das können die Angehörigen oder sogenannte Autoritätspersonen, ob dies nun behördliche Vertreter sind oder auch Psychiater, die können sich in diese Situation nicht direkt hineinversetzen. Die wissen auch gar nicht, dass sie misshandeln und einen psychischen Schaden erst hervorrufen. Die Leute, die da das erste Mal drin sind, kriegen einen Schock, werden festgeschnallt, abgespritzt, man will jetzt auch wieder verstärkt mit Elektroschocks arbeiten, ist man schon zugange, verstärkt, um Schweineschlachten kommt das, die Elektroschocks. Es ist nicht nur der Elektroschock, sondern auch der Insulinschock.

Dann kommen Leute, die das erlebt haben, zur Irrenoffensive, um erstmal darüber reden zu können, das braucht unter Umständen Monate und Jahre.

A: Lasst uns noch weiter über das "Ver-Rücken von Normen" sprechen. Ich selber hab auch bestimmte Ziele, ver-rücke auch Normen, ich rufe z.B. dazu auf, dass Gesetze gebrochen werden, wenn hierzulande Asylbewerber in Heimen untergebracht werden, in Abschiebeknästen, Menschen, die legal ihrer grundlegenden Menschenrechte beraubt werden, rufe die Bevölkerung dazu auf, Asylbewerber bei sich aufzunehmen, obwohl es verboten ist. Damit ver-rücke ich auch Normen.

Oder wenn sich Nazis öffentlich zeigen, rufen wir dazu auf, sie zu vertreiben, auch wenn die Polizei sagt, die sind nicht verboten, dürfen also öffentlich auftreten. Trotzdem werde ich nicht so schnell als "irre" bezeichnet.

IO: Du hast aber auch die Leute, die Antifaschisten z.B., hinter Dir. Wenn aber einer ganz allein ist und noch nie in der Psychiatrie war und auch nie Kontakt zu Psychiatriebetroffenen hatte, wenn Du dann eine Norm verrückst, sei es in der Familie oder auf den Ämtern, dann stehst Du

ganz allein, Du bist denen ausgeliefert. Wenn Du eine Organisation im Rücken hast, die Dich auch stärkt, etwas zu tun, kann Dir so schnell nichts passieren. Wieviel Musiker drehen durch, nehmen Drogen? Unsereins wäre schon dreimal totgespritzt.

A: Das Problem ist also, dass Du *allein* eine Norm verrückst, was es den Institutionen leicht macht, Dich wegzuschließen, zu disziplinieren.

IO: Deshalb sind die Psychiatrien auch auf die Irrenoffensive gar nicht gut zu sprechen, weil wir auch ganz krass gegen Dinge vorgehen, die in den Psychiatrien passieren. Es kann vorkommen, dass auf der Psychiatrie festgestellt wird, der hat ja Herzrhythmusstörungen, den geben wir besser auf die Innere, wenn er denn da verreckt, dann ist es ja nicht unser Problem.

Es gibt das von Psychiatern geschrieben Statistische Jahrbuch, wo auch Todesfälle in den Psychiatrien aufgelistet werden, aber die im Vorfeld auf die Innere verschoben wurden, die sind da nicht drin. das wird der Staat auch nie machen, das läuft genauso wie in den Gefängnissen. Wenn im Gefängnis einer Selbstmord macht, dann wird er noch bis vors Tor gebracht, und da wird er erst für tot erklärt. In Gefängnissen stirbt kaum einer. Alles, was staatlich ist, wird in der Regel nach außen sauber gehalten.

Es gab vor einiger Zeit einige Fälle in Gütersloh, da sind Menschen von einem Pfleger zu Tode gespritzt worden. Bevor der Anstaltsleiter der Staatsanwaltschaft grünes Licht geben konnte, sind in der Zeit noch einige draufgegangen. So wird das vertuscht. Ich war auch schon selbst dabei, wenn in der Psychiatrie jemand geschlagen wurde, vom Personal. Einmal hab' ich mitbekommen, leider nicht als Augenzeugin, dass ein Patient vom Chefarzt geschlagen wurde. Die Eltern wurden angefleht, keine Anzeige zu erstatten. Der Mann, der damals geschlagen wurde, ist jetzt in einem Behindertenheim in Münster.

A: Ich möchte jetzt mal fragen, ob neben den gesellschaftlichen Ursachen Eurer Meinung nach auch noch andere Faktoren mitspielen, die ein "Verrückt-sein" hervorrufen. Gibt es auch angeborene oder sonstige Verrücktseins-Formen?

IO: Es gibt z.B. ein Buch über Gentechnologie, da wird bewiesen, dass Depressionen keine genetischen Ursachen haben. Depressionen kommen meist aus der Lebenserfahrung, bestimmten Erlebnissen in der Kindheit, Verlust der Bezugspersonen. Oder wenn jemand zwanzig Jahre glücklich verheiratet war und dann ein Partner plötzlich wegläuft. Von manchen Psychiatern wird aber behauptet, dass Depressionen auch genetischen Ursprung haben. Unter dem Krankheitsbegriff 'Schizophrenie' ist man dabei, den genetischen 'Fehler' herauszubekommen. Was mir dazu einfällt: Ich las vor zwei Jahren in der taz, es war nach dem Schäuble-Attentat, dass von der CDU vorgeschlagen wird, dass künftig

unter dem Krankheitsbegriff 'Schizophrenie', und der kann überall davorgeschoben werden, z.B. manisch Schizophrene oder schizophrene Depression, dass diese Menschen künftig ein Zwangsimplantat verabreicht bekommen, bei den Frauen in die Vagina, das wird dann vor den Muttermund gesetzt, wo sich dann der Körper ein halbes Jahr seine Neuroleptika herauszieht, beim Mann in den Darm. Die Versuche, die damals in Amerika gelaufen sind, haben erwiesen, dass diese Präparate hochgradig krebserzeugend sind.

A: Gibt es denn überhaupt wissenschaftliche Beweise, dass psychische Krankheiten genetisch bedingt sind?

IO: Doch, solche Beweise gibt es beispielsweise bei Erbkrankheiten, wenn jemand schon geistesgestört zur Welt kam. Daraus kann man eventuell schließen, daß ein Familienmitglied in früherer Generation schon einmal derartige Deformationen vorgewiesen hat.

A: Eine Zwischenfrage: Wie wird denn festgestellt, dass ein Neugeborenes geistesgestört ist?

IO: Es gibt Tests, mit denen das festgestellt wird. Man macht bei Säuglingen Reflex-Tests. Jede Mutter kriegt ihren Mutterpass, und dann werden von vornherein diese Tests gemacht, zum Beispiel wird das Kind kurz hochgeworfen und dann aufgefangen, und dann hat es bestimmte Reaktionen vorzuweisen. Wenn diese Reaktionen nicht vorliegen, kann man davon ausgehen, das Kind ist leicht gestört. Es gibt eine Punkteliste von 1 bis 10, die die Reaktionen bewertet. Man testet, ob das Kind mit den Augen, mit dem Gehör reagiert, und die Reflexe. Man macht mit den Leuten, die in die Psychiatrie kommen, z.B. auch TTG-Tests, das Gehirn wird angeschlossen, und die Ströme werden gemessen, man kann schon feststellen, ob die Ströme 'normal' verlaufen.

Man kann allerdings nur die Extremwerte messen, entweder nach unten oder nach oben.

Man kann schon im Säuglingsalter feststellen, ob das Kind gestört ist oder nicht. Jedoch muss das nicht automatisch genetisch bedingt sein, es kann auch Ursachen während der Geburt oder in der Schwangerschaft geben, z.B. dass die Frauen Medikamente konsumieren, die sie nicht hätten nehmen dürfen, oder drogen- oder alkoholabhängig sind, das kann auch zu drastischen Schädigungen des Fötus führen, oder auch bei der Geburt, wenn das Kind zu lange im Geburtskanal sitzt, kriegt es keine Luft, wird das Gehirn nicht durchblutet, und dadurch können auch schon Schädigungen auftreten.

A: Was mir gar nicht einleuchtet, ist, dass diese Störungen bei der Geburt schon zu der Annahme einer 'geistigen' Störung führen. Man hat doch auch bei älteren Menschen einen geistigen 'Abbauprozess', dass bestimmte Reflexe nicht mehr so wie bei Zwanzigjährigen funktionieren. Daraus

schließt doch auch nicht jeder sofort, dass dieser Mensch geistig behindert ist.

IO: Doch, das ist auch oft der Fall: Der 'ist nicht mehr ganz dicht, der Alte'.

A: Das wirft aber doch ein bezeichnendes Licht auf die Leichtfertigkeit, dass eine solche Störung so schnell dazu führt, dass ein Bild von einem solchen Menschen entsteht: 'Der ist nicht mehr ganz dicht'.

IO: Man sollte aber vielleicht klarstellen, dass wir keine Gruppe sind, die nun die herkömmliche Medizin in Bausch und Bogen verdammt. Wenn Du einen Beinbruch hast, musst Du eben zum Arzt, der Dir helfen kann. Wir finden bei den geistigen Behinderungen nur erschreckend, wie sehr sich da biologische bis hin zu faschistoiden Theorien breitmachen. Die sagen einem erwachsenen Menschen, hör mal, Du bist nicht normal, Du machst den und den Unsinn, der kriegt dann den Stempel "psychisch krank" oder "schizophren", Behinderung 80 Prozent oder 50 Prozent, und damit hat der sein Leben lang zu kämpfen, er ist aus der Bahn geworfen, er kann bestimmte Berufe, bestimmte Positionen, nicht erreichen, und dem wird jede Hoffnung genommen, irgendwann wieder ein anerkanntes Mitglied der sogenannten Leistungsgesellschaft zu werden.

Zum Beispiel müssten gar nicht so viele junge Menschen Rentner werden, wenn die nicht soviel mit Medikamenten vollgestopft würden in den Psychiatrien. Den Leuten wird immer gesagt, Du mußt die Medikamente vier, fünf Jahre, vielleicht sogar Dein Leben lang nehmen. Ein solcher Mensch kommt da nicht mehr raus, höchstens, wenn er eine Gruppe findet, wie wir eine sind, oder einen vernünftigen Psychiater hat, der mit ihm ein Absetz-Programm für die Medikamente macht. Das kann manchmal bis zu zwei Jahre dauern, wenn jemand sehr lange auf hoher Medikation war, bis diese gestrichen werden können. Das Gehirn wird erst langsam wieder frei, es war ja alles lahmgelegt, die Nerven, usw. Ich konnte z.B. zwei Jahre nicht lesen, die zwei Jahre kann mir keiner wiedergeben, die mir an Leben, an Wissen, verlorengingen. Diese Mühe macht sich aber kaum ein Psychiater.

Wie der Staat eigentlich mit dieser Materie umgeht, das beweist folgendes Beispiel: In den 70er Jahren gab es einen Professor Hippus, der kriegte von der Bundesregierung einen Forschungsauftrag. Hintergrund war, dass wir bloss für zwei Prozent der Bevölkerung Atombunker haben. Für den Fall einer Atomkatastrophe wollte man sicherstellen, dass die restlichen 98 Prozent der Bevölkerung ruhigbleiben. Dieser Hippus hat also mit Angst-Patienten Experimente gemacht, und auf dieser Grundlage hat man Medikamente entwickelt, die im Bedarfsfall die ganze Bevölkerung ruhigstellen sollten. So leichtfertig geht man damit um.

A: Angesichts dieser Wirklichkeit ist es sicher bewundernswürdig, dass es eine Gruppe wie Eure gibt, aber es sind vermutlich auch nicht allzu viele, die dabei mitarbeiten. Seht Ihr denn durch Eure Arbeit eine Chance, an dem Zustand etwas zu verändern? Viele werden doch sagen, was wollt Ihr paar denn? Wie arbeitet Ihr überhaupt praktisch?

IO: Wir hier sind in erster Linie eine Selbsthilfegruppe. Vor zwei Jahren war der 14. Internationale Weltkongress für Soziale Psychiatrie in Hamburg, und da haben Wissenschaftler der Hochschule Hannover berichtet, die über 7 Jahren eine Frau begleitet hatten, die in den sieben Jahren über 110 mal in der Psychiatrie war. Dann hat man sie einer Selbsthilfegruppe zugeführt, und dann war sie nur noch zehnmal in der Psychiatrie, in den nachfolgenden sieben Jahren. So eine Selbsthilfegruppe kann also ganz nützlich sein. Wir stehen aber auch nicht alleine, sondern wir haben einen Bundesverband, wir sind Mitglied im Bundesverband für Psychiatrie-erfahrene, wir haben eine Landesarbeitsgemeinschaft gegründet, im Oktober vorigen Jahres, und was gibts da noch? Es gibt in Berlin noch den Verein gegen psychiatrische Gewalt, der hat aber mit dem Bundesverband nichts zu tun, der ist aus der Irrenoffensive heraus entstanden. Wir arbeiten außerdem an einem Projekt, ähnlich einem in Berlin: In Berlin gibt es ein **'Weglaufhaus'**, das ist für Leute gedacht, die sich mit den herkömmlichen Verfahren nicht einverstanden erklären und lieber was anderes machen, dass praktisch überhaupt nicht mit Medikamenten gearbeitet wird, nicht mit Anschlägen. Die psychischen Störungen können in der Regel durch Gespräche behoben werden, das ist durchaus möglich, nur der Arzt nimmt sich nicht die Zeit dazu. Wir arbeiten an einem ähnlichen Projekt, das Konzept dafür liegt schon vor, wir planen, auch im Ruhrgebiet ein **'Weglaufhaus'** zu errichten, das würde nach unserer Kalkulation pro Jahr 1,2 Mio. kosten, das ist eigentlich gar nicht viel, wenn man bedenkt, dass der Landschaftsverband allein für soziale Sachen im Jahr 6,8 Milliarden ausgibt. Da würden die 1,2 Mio. als Experiment wirklich nicht wehtun. Es gibt schon Kontakte mit dem Landschaftsverband, und wir versuchen auch, von den Krankenkassen Gelder locker zu machen.

Was konkret unsere Gruppenarbeit angeht: Wir stützen uns in erster Linie selber, wenn einer in eine psychische Krise kommt, stützen wir uns gegenseitig. Wir treffen uns ja nur alle 14 Tage, und in der Zeit kann es ja einem mal echt schlecht gehen. Wir haben eine Telefonliste, wo wir uns gegenseitig anrufen können. Dann trifft man sich zum Gespräch, und man kann in einem guten Gespräch einem Menschen besser helfen, als wenn er auf sich allein gestellt ist. Was auch ganz wichtig ist: Wenn von uns jemand in der

Psychiatrie landet, es kommt ja auch vor, dass einer nicht Bescheid sagt und denkt, ich pack' das alleine.

Wenn dann einer in der Psychiatrie landet, dann sind wir natürlich auch hinterher. Die Psychiater lassen uns natürlich als Irrenoffensive nur ungern auf ihre Station, weil wir die Unterstützung geben, da schnell wieder rauszukommen. Wir sichern uns auch ab: Z.B. gibt es bei uns ein **'Psychiatrisches Testament'**, was von Anwälten ausgearbeitet wurde, das braucht man im gegebenen Fall nur auszufüllen, das wird bei einem Anwalt hinterlegt, da kann man seine Behandlungsart eintragen, wie man behandelt werden möchte, man möchte nicht mit diesem oder jenem Medikament traktiert werden, man möchte nicht fixiert werden, man möchte diesen oder jenen Besuch ablehnen oder befürworten, man möchte sofort Kontakt mit Mitpatienten, was einem ja auch häufig verweigert wird. Man trägt auch seine Vertrauensperson ein. Du bist ja unmündig, Du kannst ja über Dich gar nicht mehr bestimmen. Dies Testament kann Deinen Willen ausführen, mit Hilfe des Anwaltes. Das ist eine wichtige Sache, die viele Leute nicht machen, weil es auch eine Kostenfrage ist.

A: Geht Ihr in die Öffentlichkeit, und wie tut Ihr das?

IO: Wir gehen z.B. an die Lokalpresse, machen Informationsveranstaltungen, Bücherstände bei Informationsveranstaltungen, und wir treten auch an andere Publikationen wie die AntifaZ heran. In der Schweiz gibt es einen Rechtsanwalt namens Schönberger, der hat die Organisation **'Psych-Ex'** gegründet und hilft damit auch psychisch Kranken, die eingewiesen werden. Der hat in der Schweiz allein 120 Anwälte begeistern können, die dabei mitmachen und kostenlos arbeiten. Die werden nur von Spenden aus der Öffentlichkeit bezahlt. Dies "Psych-Ex" gibt es seit dem 1.6. auch in Deutschland, in München angemeldet als eingetragener Verein, und so werden wir in Zukunft hoffentlich auch mehr anwaltliche Hilfe haben.

A: Ich denke, wir müssen auch in Zeitschriften wie der AntifaZ stärker das gesellschaftliche Klima mit verändern helfen, wir als antifaschistische Zeitung müssen vor allem gegen die Kräfte mobilisieren, die mit den psychisch Kranken noch ganz anders umgehen würden, als dies heute bereits geschieht.

IO: Wir haben in unserem Verband auch noch Leute, die in der Hitlerzeit sterilisiert worden sind, die meisten sind ja umgebracht worden, die auch Anregungen bis zur Bundesregierung gegeben haben, man möge sie wenigstens rehabilitieren, wenn schon nicht entschädigen, aber wenigstens rehabilitieren. An diesem Punkt sieht man auch die Einstellung der Bundesregierung: Von der Regierung oder von Seiten des Staates

können wir überhaupt nichts erwarten, da müssen wir schon selber handeln. Es gibt für die Überlebenden nichts, nicht mal eine Entschuldigung, schon gar keine Entschädigung.

A: Diese Kontinuität finden wir nicht nur in der Behandlung der Menschen, die Du erwähnst, sondern auch bei vielen anderen, Verfolgten des Naziregimes, eine Kontinuität staatlicher Zwangsmaßnahmen.

Habt Ihr auch Erfahrungen mit Nazis, habt Ihr mal Ärger bekommen?

IO: Zur Zeit haben wir keine Erfahrungen mit Naziorganisationen, kennen aber deren Schriften zur Behandlung psychisch Kranker. Unsere politischen Gegner sind hauptsächlich jene 'Autoritätspersonen', die uns immer wieder einreden wollen, wir seien selbst schuld, es sei eben angeborener Schwachsinn. Die bringen oft völlig an den Haaren herbeigezogene 'Argumente', die letztlich gar nichts zur Sache beitragen, dass wir nämlich eine Selbsthilfegruppe sind, die versucht, auf eigenen Beinen zu stehen und die versucht, sich von der Vorherrschaft der 'Götter in Weiß' freizumachen.

A: Für euch sind also die staatlichen Institutionen der Hauptgegner, sicher braucht ihr Bündnispartner, auch in Parteien, die Gesetzesentwürfe vorlegen, usw.

Ich denke aber, daß es auch wichtig ist, eine Veränderung in der Bewußtseinslage der Bevölkerung herbeizuführen, habt Ihr Kontakte gerade zu Menschen, die besonders gefährdet sind?

IO: Wir haben zahlreiche Kontakte gerade zu Menschen, die sozial gefährdet sind, natürlich können wir nicht allen Leuten helfen. Am meisten noch denen, die auch selber bereit sind, an uns heranzutreten. Es ist aber auch ein großes Problem, dass wir wenig Möglichkeiten haben, uns entsprechend bekanntzumachen, aber wir glauben, dass die Misere noch woanders liegt. Die Kommission für 'Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte', die in sieben Städten in Deutschland existiert, hat jetzt ein Buch herausgebracht, über die Psychiatrie, also die Leute, die damals hinter Hitler standen. Es werden hier Psychiater benannt, die als Professoren im Krieg und auch nach dem Krieg noch Leute umgebracht haben und später hier als hochangesehene Professoren unsere heutigen Psychiater ausgebildet haben. Von daher kann also nicht viel kommen. Ich komme aus der Forensischen Psychiatrie, und für mich ist das alles eine 'kriminelle Vereinigung'.

A: Gibt es auch Kontakte zu fortschrittlichen Psychiatern, Zusammenschlüsse, Podiumsdiskussionen u.ä.?

IO: Um noch mal kurz auf meinen Fall einzugehen: Mich haben Psychiater da reingeholt, und auch Psychiater wieder herausgeholt. Es gibt auch innerhalb dieser Organisation ein Pro und Kontra. Die Leute, die mich rausgeholt haben,

haben ihren Dienst quittiert. Wir haben auch innerhalb des Bundesverbandes Ärzte und Rechtsanwältinnen, die Psychiatriebetroffene sind. Ich kann also nicht sagen, nur weil jemand soziale Probleme hat, dreht er ab, es geht durch alle Schichten hindurch.

Es gibt Buchmaterial genug, wo Ärzte gegen das herrschende Psychiatriesystem sprechen und sagen, so kann das einfach nicht laufen. Ich empfehle z.B. das Buch "Psychiatrie für die Seele" von Peter Lehmann., es gibt schon einen ganzen Büchermarkt rund um den Globus, von Leuten, die mit dem nicht einverstanden sind, was da praktiziert wird.

Wir wollen natürlich hinzufügen, dass nicht bei jedem einzelnen Fall eines Psychiatriebetroffenen Schäden hervorgerufen werden, die auch juristische Konsequenzen haben müßten. Ich hab nach meinem Klinikaufenthalt immer den Kontakt zu fortschrittlichen Medizinern und Querdenkern gesucht, auch viel Literatur dazu gelesen. Ganz besonders möchte ich noch Marc Rufer erwähnen, der sehr schön dargestellt hat, daß die Ärzte auch nicht allwissend sind und dass sie selber ihren Irrsinn produzieren. Hier wird dargestellt, wie ein Arzt aufgrund seiner eigenen Erfahrungen zu der Einsicht kam, dass die Irren gar nicht so irre sind, Irren ist menschlich, und dass jeder auch wieder ein 'normaler' Mensch werden kann. Die Lage ist nicht so hoffnungslos, dass man sagen muss, der angeborene Schwachsinn ist unheilbar.

A: Das Wort 'Irren ist menschlich' macht doch auch deutlich, wie klein der Schritt ist zwischen dem 'normalen' Sich Irren und dem Irre-Sein, wo ist der Sprung, der ausmacht, dass einer sich zu viel geirrt hat, dass gesagt werden kann, der ist nicht normal, der ist irre?

IO: Das sehen wir auch so, und das Kuriosum und das Skandalöse dabei ist, da sind Leute, die so viel Probleme haben, dass sie eben durchdrehen, und jetzt kommen sie dahin und werden ruhig gestellt, und wenn sie sich dann endlich ruhig verhalten, dann werden sie wieder in ihre Probleme entlassen, eine Hilfe ist gar nicht gewesen, die kommen bloss kaputter wieder raus, weil sie jetzt Gifte im Körper haben.

Bei diesen Medikamenten kommt noch hinzu, dass sie nicht nur für den Augenblick Selbstmordgedanken hervorrufen können, sondern sogar ein halbes Jahr später, wenn man meint, die Medikamente sind längst aus dem Körper.

A: Das Problem der Medikamente ist jetzt ja schon häufiger angesprochen worden. Es gibt aber nun auch Leute, die diese herstellen. Würdet Ihr sagen, dass die auch ein starkes Interesse am Einsatz der Medikamente haben müssen?

IO: Da spricht Du einen wichtigen Gesichtspunkt an, und zwar die psychopharmazeutische Industrie mit ihrem Forschungsfeld. Dieser Markt

ist ein Milliardenmarkt und ein Milliardengeschäft, hat nur Zuwachsraten zu verzeichnen. Dadurch werden auch Arbeitslosigkeit, Hoffungslosigkeit und psychisch Kranke produziert, und der Markt für diese Industrie ist ein Riesengeschäft, ein Geschäft auf Kosten der sogenannten psychisch Kranken. Dies Geschäft wird unterstützt von der Ärzteschaft, die mit der Psychopharmaindustrie zusammenarbeitet. Ärzte stellen Gutachten und Versuchsreihen her für die Pharmaindustrie, und das ist der absolute 'Wahnsinn'.

Die Psychiater sind demmaßen darauf getrimmt, dass sie nur Medikamente verordnen können. Hier besteht auch die Diskrepanz zu den Psychologen, die ja keine Medikamente verschreiben, Psychologen versuchen, durch Gespräche und Therapien zu helfen. Die Therapiepalette ist ja auch sehr breit gefächert. Der Psychiater ist ohne die Pharmaindustrie aufgeschmissen. Geht man aber zum Psychiater und sagt, der unterstützt die Pharmaindustrie, dann ist man der Buhmann.

Und nicht nur das. Handbücher für angehende Pfleger in der Psychiatrie werden z.T. von der Pharmaindustrie präpariert, da tauchen z.T. für Krankheitsbegriffe die passenden Medikamente gleich mit auf.

Um noch einmal auf den Weltkongress vor zwei Jahren zurückzukommen, den wir mit zwei Leuten besucht haben. Da kamen Pharmakonzerne als Sponsoren, die für die Betroffenen zehntausend Mark gespendet haben. Das ist ja wohl das allerhärteste. Damit brüsteten sie sich noch. Es wurde auch herausgestellt, dass die Referenten von der Pharmaindustrie bezahlt wurden. Auf Nachfragen zur Medikation gingen sie gar nicht ein. Ich möchte aber noch auf etwas anderes hinweisen: Nicht nur die Pharmaindustrie, sondern auch die Psychiatrie selbst ist ein richtiger Wirtschaftsfaktor. Die größte psychiatrische Anstalt in NRW ist Lippstadt-Eickelborn. 1904 gebaut, mit 50 Patienten. Unter Hitler 1934 hatte sie 1800 Patienten. Jetzt war einmal die Anstalt ausgebaut, und die Ärzte konnte man nicht auf die Straße stellen, so wurde das immer weiter ausgebaut. Das ist einfach ein Wirtschaftsfaktor.

A: Und Wirtschaftsfragen sind natürlich Machtfragen, und es ist dann die Frage, wie man diesen Kräften wirklich entscheidend naherücken kann. Durch öffentliche Aktionen wurden doch Pharmakonzerne auch schon gezwungen, Sachen vom Markt zu nehmen.

IO: Die sind aber alle wieder da.

A: Dann hilft doch nur, dass man denen die Produktionsmöglichkeiten ganz entzieht. Geht Ihr denn davon aus, dass so gut wie alle Pharmaprodukte schädlich sind?

IO: Die WHO sagt, dass man mit sechs Psychopharmaka auskommt in der Psychiatrie, aber verschrieben werden hunderte. Die Pharmaindustrie

geht zu den Ärzten und Apothekern und sagt, wir richten für Dich Deine Praxis mit ein, wenn Du unsere Medikamente bevorzugst und verschreibst. Die Ärzte sind ja mittlerweile so frech, die fordern das geradezu, es ist die gängige Praxis. Die Krankenkassen sind ebenfalls mittlerweile so groß geworden, wenn das reduziert würde, wär' die Hälfte arbeitslos. das gleiche bei den Versicherungen.

In dem Zusammenhang machen wir natürlich auch Aufklärung über Naturheilmethoden und Naturheilprodukte. Man kann sich auch mit Produkten, die Großmutter eingesetzt hat, wie eine Tasse heiße Milch vor dem Schlafengehen, helfen, so dass vieles im Vorfeld aufgefangen werden kann.

A: Unsere letzte Frage an Euch: In welcher Form kann die AntifaZ Euch unterstützen?

IO: Zuerst einmal, indem über uns geschrieben, informiert wird, später könnten im Abstand von einem halben Jahr vielleicht kleinere Berichte erscheinen über unsere Arbeit. Falls Ihr eine Rubrik habt für Veranstaltungen, könntet Ihr über unsere Aktivitäten berichten. Ihr solltet auch veröffentlichten, dass wir uns jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat von 17.30 bis 20.00 Uhr hier treffen. Über das geplante **'Weglaufhaus'** könnten wir dann noch einmal ein Extrainterview durchführen.

A: Wir werden in Zukunft versuchen, regelmäßig über Eure Arbeit zu informieren, und danken Euch herzlich für dies erste ausführliche Gespräch.

TREFFEN DER IRREN-OFFENSIVE OSTVEST:
Jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat, 17.30 - 20.00 Uhr,

"Die Arche", Wiesenstr. 31, Datteln.

Infos auch unter: Tel: 02363/64798; Fax: 02361/14186

Theater Kunst

Jonglieren

Artistik



Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5

Öffnungszeiten: 10^h-16^h
Samstags 10^h-14^h & langer Samstag

Geht es nur um "unser" Ansehen in der Welt?

Bemerkungen zum Strafverfahren gegen Safwan Eid

Lübecker Ermittlungsbehörden in Komplizenschaft mit vermuteten Nazi-Tätern



"Wenn es wieder Rechtsextreme waren, dann ist meine Geduld zu Ende." (Bundespräsident Roman Herzog im Januar 1996, kurz nach dem Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim Hafensstraße 52 in Lübeck)

Und was, bitte sehr, Herr Bundespräsident, wird geschehen, wenn Ihre Geduld zu Ende ist? Es sieht ja wohl danach aus, als wenn Sie demnächst im Wort stehen könnten, wenn der Beschuldigte, Safwan Eid, freigesprochen werden muß, da ja die gegen ihn vorgebrachten Beschuldigungen der Staatsanwaltschaft bereits während der ersten 10 Tage des Prozesses wie ein Kartenhaus weitgehend zusammengebrochen sind. Der Rettungssanitäter Jens Leonhard kann sich vor Gericht nicht mehr so recht erinnern, was ihm Safwan Eid genau gesagt haben soll und woraus er geschlossen haben will, daß es sich um ein Geständnis gehandelt haben könne. Auch die von den Ermittlungsbehörden favorisierte Theorie, der Brand sei im ersten Stock und nicht im Parterre ausgebrochen, scheint nach dem Gutachten des Brandexperten Achilles mittlerweile in sich zusammengebrochen zu sein. Das Safwan Eid unterstellte "Täterwissen" scheidet damit auch aus. Demnach kann die Ursache durchaus durch einen von außen in den Vorbau geworfenen Gegenstand ausgelöst worden sein, was mit zahlreichen Zeugenaussagen übereinstimmen würde, denen zufolge der Vorbau als erster in Flammen aufgegangen war. Und die rasche Haftentlassung der Grevesmühlener Jugendlichen, die für ihre eigenen Versengungen an Kopfhaar und

Augenbrauen keine plausible Erklärung geliefert haben, erscheint auch mehr und mehr in einem sehr schiefen Licht. Wir meinen: Der Worte sind (mehr als) genug gewechselt.

"Es kam zur Gründung der IUK (= Internationale Untersuchungskommission), weil wir, Rechtsanwälte und Personen wie ich, die sich für die Respektierung der Menschenrechte einsetzen, mehr und mehr alarmiert waren von Nachrichten, die aus Deutschland kamen. Wir fragten uns, wie kann es möglich sein, daß in Deutschland Ausländer angegriffen werden, daß wieder Synagogen brennen und daß Flüchtlingsheime angezündet werden. Wir mußten auch wahrnehmen, daß die Ermittlungsbehörden in Lübeck die Brandstifter und Mörder nicht mehr bei den Rassisten und anderen fremdenfeindlichen Gruppen suchten, sondern eine Person verhafteten, deren Familie im Flüchtlingsheim selbst in Gefahr war. Wir erfuhren auch, daß Zeugen der Brandanschläge die Abschiebung aus Deutschland drohte. Deshalb haben wir uns entschlossen, die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft in Lübeck zu beobachten und dem Herausfinden der Wahrheit zu helfen."* (Beate Klarsfeld in einem Interview mit dem Antifaschistischen Info-Blatt Berlin, dort abgedruckt in Nr. 36)

Beate Klarsfeld sagte in dem Interview auch, daß beispielsweise vom französischen Staat keine Hilfe zu erwarten sei, da er mit Asylsuchenden ebenfalls alles andere als glimpflich umgehe. Sie hat sich wieder einmal in deutsche Angelegenheiten "eingemischt"...

"Das Problem ist, daß die Deutscher genau das Ende der Sache nicht wollen, auf das wir Anspruch haben." (Kibolo Katuta, einer der Überlebenden im Flüchtlingsheim Hafenstr. 52 in Lübeck)

Einmal abgesehen von dem Ruf Deutschlands, von dem immer wieder die Rede ist: Sollte sich herausstellen, daß rechtsgerichtete Deutsche - etwa die vier Jugendlichen aus Grevesmühlen - den Brandanschlag begangen haben, wäre der deutsche Staat den Opfern gegenüber in der Pflicht: Er müßte für die Schäden geradestehen, die hier angerichtet wurden. Sollten die Anspruchsberechtigten jedoch abgeschoben sein, so würde es ihnen sehr erschwert, ihre Ansprüche auch geltend zu machen. Im Verfahren gegen die Türkin Yasar Ünver vor dem Essener Landgericht konnte der Entschädigungsfall vermieden werden, da sie nicht aufgrund erwiesener Unschuld, sondern mangels Beweises freigesprochen wurde. So sehr im Strafverfahren der Satz gilt, "im Zweifelsfalle für den Angeklagten", so sehr gilt im Zivilverfahren, daß der Geschädigte nachweisen muß, daß der Schaden nicht von ihm selbst verursacht worden ist. Auch wenn sie kein Motiv hatte, sich und ihren 5 Kindern das Dach über dem Kopf anzuzünden, so ist doch kein Täter außer ihr ergriffen worden, der der Tat verdächtig worden wäre. Ähnliches gilt auch für andere Fälle von Brandanschlägen auf Flüchtlingsheime, in denen zunächst Opfer angeklagt, dann aber freigesprochen worden sind. Es gibt also bereits "einschlägige Erfahrungen" im Umgang damit.

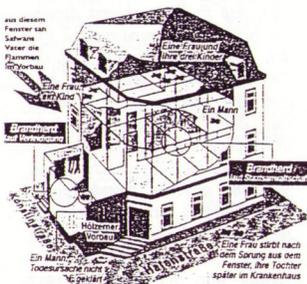
Ohne dem Ergebnis des Prozesses vorgreifen zu wollen, läßt sich zusammenfassend sagen:

Der eigentliche Skandal ist nicht einmal der Brandanschlag selbst, auch wenn er der bisher schwerste auf deutschem Boden ist und wiederum auf das kaum unterbundene Treiben von Leuten hinweist, die ihr Mütchen an einer wenig geschützten Minderheit auf deutschem Boden kühlen müssen. Was den Fall Lübeck besonders hervorhebt, ist die Tatsache, daß die Ermittlungsbehörden zu Mittätern werden - nicht in dem Sinne, daß sie selbst den Brand gelegt hätten, wohl aber in dem Sinne, daß sie alles tun, um diejenigen, die ihn gelegt haben, zu decken und eines der Opfer stattdessen zum Täter abzustempeln. Sie arbeiten damit zugleich an einem Klima mit, das weitere Taten dieser Art begünstigt.

Gehen wir - mal wieder - rückwärts: Ich erinnere an die Tatsache, daß nach der Reichspogromnacht die Juden für die Bezahlung der gegen sie angerichteten Schäden nachträglich auch noch haftbar gemacht und zur Kasse gebeten wurden. Dies war zwischen den Anstiftern des Pogroms und den großen Versicherungsgesellschaften bereits vorher ausgehandelt worden. Der Pogrom sollte damals zwei Zwecken dienen: Er sollte erstens Angst unter den Juden stiften, um sie zu einer raschen Ausreise aus Deutschland zu bewegen. Er sollte zweitens dazu dienen, daß vermögende Juden dabei bereit waren, ihr Hab und Gut weit unter Wert zu veräußern. Denn der deutsche Staat brauchte dringend Geld. Sein Aufrüstungsprogramm hatte ihn an den Staatsbankrott herangebracht, und die Aktien für die ominöse Metallforschungsgesellschaft waren 1938 fällig geworden, zu einem Zeitpunkt, wo er den (Raub)krieg noch nicht beginnen wollte.

Nun, so weit sind die Verhältnisse hierzulande noch nicht gediehen. Es liegt an uns, daß es dazu nicht kommen wird. Wenn denn die Auseinandersetzung um Goldhagens Buch über "Hitlers willige Vollstrecker" für uns eine Bedeutung hat, so doch wohl nicht zuletzt die,

aufzuzeigen, daß dergleichen Möglichkeiten nach wie vor hierzulande Wirklichkeit werden können - nur wären heute wohl nicht in erster Linie Juden betroffen, sondern beispielsweise Asylsuchende. Es geht heute wieder darum, sich dagegen zur Wehr zu setzen, daß Menschen, die zu wenig geschützten Minderheiten gehören, ihrer Rechte beraubt werden. Unsere Aufgabe als Antifaschisten muß es sein, alles zu tun, um ein systematisches Eliminieren von Menschen, denen die Menschenrechte verweigert werden, im Keim zu ersticken. Heute geschieht das bei Flüchtlingen durch Abschiebung. Um das politisch durchsetzbar zu machen, werden die, die man los sein will, vorher in Mißkredit gebracht. Anderorts (in Rostock) wurde bereits demonstriert, wie man es fertigbringt, so Entrechtete auch als häßlich in Erscheinung treten zu lassen: indem man ihnen die Möglichkeiten nimmt, sich selbst menschenwürdig zu verhalten. Einer Ansammlung von Menschen, für die man keine



Toiletten errichtet, kann man es im Prinzip nicht vorwerfen, wenn diese ihre Notdurft auf der Straße verrichten. Das aber kann dann politisch dazu benutzt werden, sie in der Öffentlichkeit als verächtlich in Erscheinung treten zu lassen. Man nehme etwa solche Polizei-Szenarios wie "Hamburger Kessel" usw. Wenn es sich dann noch um Personen handelt, die bereits in den Ruf geraten sind, "verlaust" zu sein (wenn jemand krank oder gebrechlich ist oder nichts - nicht einmal ein Dach über dem Kopf - hat, kann ihm dergleichen schnell blühen), dann gnade ihnen Gott. In

Deutschland darf es derartige Manöver, insbesondere von Staats wegen, nicht wieder geben - und nicht zuletzt auch darum ist die besondere Aufmerksamkeit besorgter Menschenrechtler aus anderen Ländern auf Geschehnisse wie dieses nicht nur gerechtfertigt, sondern uns sehr willkommen. So wie wir uns auch in andere Länder (wie die Türkei) "einmischen" und etwa den Faschismus der dort Regierenden anprangern.

Wie Faschismus und Menschenrechtsverletzungen international sind (auch wo sie sich des Nationalismus bedienen), so sind Antifaschismus und Kampf für Menschenrechte von ihrem Wesen her international. Sie zielen prinzipiell auf gleiche Rechte für alle Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht usw. Wir sprechen nicht nur der Einmischung, sondern auch der Vermischung das Wort. Und damit der Schaffung von Chancen zum Einfinden in unsere Gesellschaft für Fremde. Wir wollen keine drei- oder viergeteilte Welt, wir wollen EINE WELT FÜR ALLE.

Nicht zuletzt unter diesem Gesichtspunkt ist zu sehen, was im Prozeß gegen den der deutschen Sprache wenig mächtigen Safwan Eid geschieht. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der von dem Zeugen Leonhard angeblich gehörte Satz "Wir waren es" einen hinreichenden Tatverdacht darstellen und zu einer Verurteilung führen sollte. Aber eine staatsanwaltliche Tätigkeit, die dazu beiträgt, daß solch ein mageres Indiz zu einem Strafverfahren führt, macht den Prozeß zu einem Possenspiel. Es kann nicht angehen, daß ein Staatsanwalt Böckenhauer sich für seine rassistische Ermittlungstätigkeit etwa entlastet, indem er die Schuld dafür dem zuschiebt, der mal (dazu unter Streß) einen falschen Satz gesagt haben soll. Wenn die Geduld des obersten Repräsentanten dieses Staates strapaziert sein müßte, dann doch wohl dadurch, daß eine Anklagebehörde sich immer noch nicht durch ein derartiges Vorgehen disqualifiziert hat. Daß dafür der Name des deutschen Volkes verwendet wird, ist eine Schande.

KD



Streifzug durch die Geschichte Äthiopiens

Vorbemerkung

Anfang dieses Jahres reiste der deutsche Bundespräsident **Roman Herzog** nach **Addis Abeba**, um der seit Ende August 1995 durch eine allgemeine Wahl mit über 90 % der abgegebenen Stimmen legitimierten Regierung der **Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien** einen offiziellen Besuch abzustatten.

Das Verhältnis zwischen beiden Staaten hat sich für die Bundesrepublik Deutschland offenbar zufriedenstellend entwickelt. Einhalb Jahre nach Eroberung der Macht durch die **Äthiopische Volksrevolutionäre Demokratische Front (EPRDF)** hatte die Bundesregierung der **Interimsregierung Äthiopiens (TGE)** am 21.01.1993 einen Kredit in Höhe von 25 Millionen Mark zugesagt und am 10.10.1993 sogar als einen besonderen Gunsterweis die teilweise Annullierung von Schulden in Höhe von 200 Millionen DM verkündet. Diese Schulden hatte das Mengistu-Regime bei der DDR gemacht und bis zu seinem Sturz 1991 überwiegend für Rüstungsgüter zur Bekämpfung derjenigen ausgegeben, die nunmehr regieren. Der nicht annullierte Teil dieser Schulden (für Nichtrüstungsgüter) soll erst ab dem Jahr 2017 rückzahlbar sein.

Herzog ließ sich bei seinem Besuch von einem starken Aufgebot an Sicherheitskräften begleiten, da er den Sicherheitsvorkehrungen seiner Gastgeber nicht traute. Trotz eines Beinahe-Zusammenstoßes seines Flugzeuges mit einem Schwerflaster auf dem Flughafen **Lalibella** und, während in seiner Maschine die für deutsche Wirtschaftsvertreter reservierten 50 Plätze frei geblieben waren, schwelgte der Bundespräsident in den höchsten Tönen von einem "**demokratischen Frühling**" in Äthiopien. Die Bundesregierung veranlaßte das dazu, eifrig zu verkünden, daß sich damit der Asylantenstatus von rund 20.000 Menschen aus Äthiopien in Deutschland wohl erübrigt habe.

Die deutsche Delegation hatte auch artig das **Ener-Tal** in der Region **Harerghe** besucht und das überwiegend von der durch den Schauspieler **Karlheinz Böhm** ins Leben gerufenen Organisation "**Menschen für Menschen**" finanzierte Bewässerungsprojekt für rund 10.000

Menschen bewundert und als vorbildlich für das Land gelobt. Ja, der mitreisende, ansonsten mit Spenden äußerst zurückhaltende Entwicklungshilfeminister **Carl-Dieter Spranger** spendierte dafür sogar - getreu seinem Slogan "*Klotzen, nicht kleckern!*" - eine Kuh.

Allerdings Flugzeuge aus diesem "demokratischen Frühlingsland", wenn sie nicht der Lufthansa angehören und Very Important Persons befördern, sondern von der Gesellschaft **Ethiopian Airlines** sind und Fluggäste befördern, die die horrenden Lufthansa-Preise nie und nimmer bezahlen könnten, werden, wenn sie etwa auf dem Flughafen von Bankfurt/Main landen, vom Bundesgrenzschutz in den hermetisch abriegelten Transitbereich umgeleitet und die Fluggäste, selbst wenn sie mit gültigem Paß und Einreisevisum der deutschen Botschaft in Addis Abeba ausgestattet sind, stundenlangen Verhören unterzogen und nur ins Land gelassen, wenn man die Abholer nicht abweisen kann. Denn sie gelten - auch wenn sie von Deutschen eingeladen worden sind - von vornherein bis zum Erweis des Gegenteils bzw. nach entsprechender (Ver)warnung der Gastgeber und sanftem Hinweis, daß diese einer entsprechenden Überwachung unterliegen, als **potentielle Asylerschleicher**.

Grund genug, sich einmal ausführlicher auch mit diesem Land zu beschäftigen, von dem man hierzulande sehr wenig weiß.

Äthiopien - auch heute noch eine Terra Incognita

In Deutschland hatte man sich vor dem Ersten Weltkrieg seit der Begründung der modernen Äthiopistik durch **August Dillmann** (1832-1894) für Äthiopien stark interessiert (z.B. **Littmann-Expedition** zur Erforschung des antiken **Axum**). Gezehrt hat davon später noch die romantische Verklärung des Kaisers **Haile Selassie** hierzulande. In der jüngeren Vergangenheit ist Äthiopien gelegentlich wegen seiner Hungersnöte in die Schlagzeilen gekommen, zu deren Bekämpfung hier sehr eifrig gespendet wurde. Auch die Organisation "Menschen für Menschen" hat die Probleme Äthiopiens ein wenig ins Blickfeld gerückt.

Ansonsten jedoch ist die Kenntnis hierzulande über dieses Land sehr dürftig geblieben.

Auf der Suche nach Literatur zum Thema stellte ich fest, daß außer dem 1994 erschienenen Bändchen "Äthiopien, Eritrea, Somalia, Djibouti" von **Volker Matthies** in der Beck'schen Reihe LÄNDER über das Äthiopien seit Übernahme der Macht durch die EPRDF vor 5 Jahren im deutschen Buchhandel nichts greifbar ist. Die 1991 erschienene Schilderung des Schicksals eines christlichen Jungen namens Tadesse, der in Deutschland Selbstmord verübte, geschrieben von seiner Adoptivmutter **Irnhild Söhl**, befaßt sich noch mit dem Äthiopien unter **Mengistu**. Der 12jährige Junge erhängte sich bereits 1981, und die Mutter weist auch auf rassistische Nazi-Umtriebe hin, sie kann jedoch nicht konkret sagen, ob diese einen Anlaß für den Jungen zum Selbstmord gebildet haben oder ob es die allgemeine Gleichgültigkeit war, mit der solche Umtriebe zur Kenntnis genommen wurden. Insbesondere das seinen Mitschülern anezogene Demokratieverständnis, wonach auch Nazis zu Wort kommen dürfen und man die Anlässe zu ihrer Kritik beseitigen müsse, um ihnen den Wind aus den Segeln zu nehmen, hat wohl dazu geführt, daß er sich selbst als potentiellen Anlaß beseitigt hat.

Ansonsten gibt es noch den Bericht von Missionaren einer protestantischen Sekte, den zu kaufen ich mir erspart habe. Der Titel klang mir zu sehr nach der "Mariannahill"-Ideologie von zu bekehrenden heidnischen Negerkinderlein.

Man stochert also weitgehend im Nebel, ist fast ausschließlich auf das angewiesen, was äthiopische Menschen, die bei uns leben, oder Europäer, die das Land besucht haben, zu berichten haben.

Das Kaiserreich

Äthiopien ist das einzige Land Afrikas, das von den imperialistischen europäischen Mächten nie kolonialisiert worden ist, wenn man einmal von **Eritrea**, das ab etwa 1890 mittels systematischer Besetzung der Hafenstädte **Assab** (1881) und **Massaua** (1885) und wirtschaftlicher Abhängigmachung des Hinterlandes durch Abschneiden von der Küste **italienische Kolonie** wurde (bis 1941) und seit 1991 einen von Äthiopien gesonderten Staat darstellt, und von den 6 Jahren italienischer Fremdherrschaft in Addis Abeba absieht.

(Es gab auch ein seit der Antike bestehendes Königreich Äthiopien südlich von Ägypten auf dem Gebiet des heutigen Sudan, dessen letzte Hauptstadt **Meroe** war. Dieses Königreich wurde 1899 in den Anglo-Ägyptischen Sudan integriert. Es hat mit dem heutigen Äthiopien nur den Namen gemeinsam, der übersetzt etwa bedeutet: "Land der Leute mit den verbrannten Gesichtern".)

Äthiopien ist ein Land mit einer sehr alten Kultur und Tradition. Insbesondere die **Amhara** und **Tigray** im Norden des Landes blicken auf die große Zeit des antiken, seit dem 4. Jahrhundert von einer christlichen Hochkultur geprägten Reiches von Axum (1. bis 7. Jahrhundert) zurück. Ja, der bis 1974 herrschende letzte **Negus-e Negest** (= König der Könige), Haile Selassie, der sich selbst auch als "**Löwe von Juda**" (Yehuda Ambessa) bezeichnete, führte seine Dynastie noch weiter zurück: auf einen legendären Sohn des israelitischen Königs **Salomon** mit der Königin von **Saba**, der als **Menelik I.** in Äthiopien geherrscht haben soll.

Beide Völker stellen auch heute noch Zentren des "Staatsvolkes" der **Abessinier (Habesch)** dar, befinden sich zugleich aber ebenfalls seit Jahrhunderten in Rivalität um die Macht zueinander. Auf die Tigray gestützt hatte sich der Negus-e Negest Yohannes IV., der 1889 im Kampf gegen die aufständischen **Mahdisten** fiel. Die Mahdisten waren Anhänger des islamischen Derwischordens **Samarija** unter dessen Führer **Mohammad Ahmad ibn Abdallah**, der sich selbst zum Mahdi (= Messias) hochstilisierte hatte. Sie hatten 1881/1882 die "Fahne des Propheten" im Dschihad (= Heiliger Krieg) gegen den mit den britischen Giaur (= Ungläubige) gemeinsame Sache machenden **Khedive** (= Vizekönig) von Ägypten erhoben, dessen Truppen damals den Sudan besetzt hatten. Über 15 Jahre lang beherrschten sie "mit Feuer und Schwert" den Ostsudan. Mit der Krönung des **Ras** (= Statthalter) von **Showa, Menelik II.**, zum Nachfolger von Yohannes IV. waren die Amhara der Hauptträger der Zentralgewalt geworden. Unter Menelik II. war in der für Abessinien (**Habescha**) siegreichen Schlacht von **Adua** 1894 auch der Versuch des (ähnlich wie Deutschland) spät national geeinigten und daher im Wettlauf um Kolonien hinter den anderen imperialistischen Mächten Europas hinterherhinkenden - vom "**Sacro Egoismo**" (wie ihn der italienische Freiheitskämpfer **Giuseppe Mazzini** gefordert hatte) geprägten - Königreichs Italien gescheitert, sich das Land als Kolonie zu unterwerfen.

Die Schlacht von Adua war die erste und blieb über ein halbes Jahrhundert hinweg die einzige Schlacht in der Geschichte der europäischen Kolonialisierung Afrikas, in der ein afrikanischer Staat die Kolonialmacht besiegt hatte.

Damals wurde das Kernland des äthiopischen Reiches im Wettlauf mit den in diesem Gebiet vordringenden Kolonialmächten (Italien, Frankreich, England) durch kriegerische Unternehmungen mit entsprechender Unterwerfung der dortigen Völker (**Oromo, Sidama, Somali, Niloten** u.a.), die größtenteils dem **Islam (Sunna)**, teilweise aber auch animistischen Glaubensvorstellungen anhängen und unter nomadischen Verhältnissen lebten, erheblich nach Süden, Osten und Westen erweitert, und es bildete sich das Staatsgebiet des heutigen Äthiopien heraus. Neue Hauptstadt wurde unter Menelik II. das in der Region Showa gelegene Addis Abeba (= Neue Blume). Vorher war es **Gondar** gewesen, in der Region **Begemdirna Simen** - heute Gondar - nördlich des Tanasees gelegen.

Ras Tafari und der Überfall Italiens auf Äthiopien

Auf die Amhara stützte sich auch der letzte Negus-e Negest, ein Enkel von Menelik II. Er wurde nach dem Sturz des 1913 als Nachfolger von Menelik inthronisierten Kaisers **Lidsch** (= Kind) **Iyasu** (ebenfalls Enkel von Menelik) bereits 1917 als **Ras Tafari Makonnen** Regent und nahm 1930 (nach dem Tod seiner Mutter, der Kaiserin **Zauditu**, Tochter von Menelik) unter dem Namen Haile Selassie I. den Kaisertitel an.

Durch den (seit 1934 schrittweise erfolgenden) Überfall des faschistischen Italien sah er sich jedoch 1936 zum Verlassen des Landes genötigt, um gegen das Vorgehen Italiens vor dem **Völkerbund** in Genf seinen Protest zu bekunden. Er wurde durch den italienischen König **Vittorio Emanuele** als Kaiser von Abessinien abgelöst, kehrte schließlich aber mit dem Einmarsch britischer Truppen in Addis Abeba 1941 auf den Thron zurück.

Italien hat es jedoch trotz Einsatzes von Panzern und der Bombardierung zahlreicher Ortschaften aus der Luft mit Giftgas (**Lost**) gegen Vorderlader und Speere nie geschafft, mehr als ein Drittel des Landes zu besetzen. In dem Kampf hatten jedoch über 750.000 Äthiopier ihr Leben verloren. Der Völkerbund hatte Äthiopien schmachlich im Stich gelassen. Insbesondere die Großmächte England und Frankreich hatten einen "Frieden" mit Italien angestrebt, bei dem Äthiopien zwischen Italien und ihnen aufgeteilt werden sollte.

Dagegen bemühte sich eine breite internationale Protestbewegung unter maßgeblicher Beteiligung der **Kommunistischen Internationale** (Komintern) um Solidarität mit Äthiopien, wobei die in Italien verbotene Kommunistische Partei Italiens unter Führung von **Palmiro Togliatti** eine wichtige Rolle bei dem Versuch spielte, andere antifaschistische Kräfte in die Bewegung einzubeziehen. Versuche der Komintern, auch die **Sozialistische Arbeiterinternationale** (SAI) der sozialdemokratischen Parteien für diesen Kampfabschnitt gegen den Faschismus zu gewinnen, scheiterten jedoch. Dem äthiopischen Freiheitskampf ein Denkmal setzte der türkische Dichter **Nazim Hikmet** mit seinen "**Briefen an Taranta Babu**".

Von den Großmächten stand lediglich die (damals noch) sozialistische Sowjetunion auf Seiten Äthiopiens, war jedoch aus geographischen Gründen nicht in der Lage, wirksame Hilfe zu leisten. Die USA unter Präsident **Franklin Delano Roosevelt** (damals ebenso wenig wie die Sowjetunion Mitglied des Völkerbundes) waren um Neutralität bestrebt, schon um des (für die Politik des **New Deal** nach der von den USA ausgegangenen **Weltwirtschaftskrise** unbedingt notwendigen) inneren Friedens willen, denn unter den schwarzen Amerikanern fand der äthiopische Freiheitskampf starke Aufmerksamkeit und genoß große Sympathien. Auch viele Schwarzafrikaner in den kolonialisierten Ländern identifizierten sich damit, und es entstanden unter ihnen **Freiwilligenkontingente**, die ähnlich den **Internationalen Brigaden**, die im Spanischen Bürgerkrieg auf Seiten der Spanischen Republik kämpften, auf die Seite Äthiopiens traten.

Das war einerseits ein starkes Motiv für die Kolonialmächte gewesen, sich mehr oder weniger deutlich gegen Äthiopien zu stellen (England hatte sogar die Durchfahrt der italienischen Kriegsschiffe, die das Giftgas transportierten, durch den **Suezkanal** gestattet, obwohl der Giftgaseinsatz nach dem - auch von Italien unterzeichneten - **Genfer Protokoll von 1926** geächtet war), hatte andererseits aber auch den Freiheitskämpfern Flügel verliehen. Sie kämpften im Bewußtsein, Vorkämpfer für den gesamten schwarzen Kontinent zu sein. Der hochgerüsteten italienischen Armee setzten die Äthiopier unter der Losung "**Yeityopya Tikdem!**" (= Äthiopien voran!) einen verbissenen Widerstand entgegen, der schließlich in einen Partisanenkrieg im besetzten Gebiet mündete. Dieser ließ die Truppen unter Marschall **Pietro Badoglio** zunehmend ahnen, daß sie nur einen Pyrrhussieg errungen hatten. Insbesondere die plötzlichen Angriffe der sehr geländekundigen nomadischen Völker **Issa** und **Afar** auf die langgezogenen Verbindungslinien nach Addis

Abeba fügten der (im Februar 1936) aus 350.000 Soldaten, 14.000 Offizieren, 60.000 Mann Hilfspersonal bestehenden und mit 510 Flugzeugen, 300 Panzern, 800 Geschützen, 11.500 Maschinengewehren, 450.000 Gewehren, 15.000 Kraftfahrzeugen, 80.000 Lasttieren und 1.800 Funkgeräten ausgerüsteten italienischen Armee schwere Verluste zu (vgl. **Thomas Kacza**, Äthiopiens Kampf gegen die italienischen Kolonialisten 1935-1941).

Haile Selassie erschien seinen Landsleuten lange Zeit als Hoffnungsträger auf dem Weg aus der Armut, obgleich z.B. seine Maßnahmen gegen die in Äthiopien noch immer bestehende Sklaverei mit Rücksicht auf zahlreiche amharische Feudalherren (die ihn allerdings - und damit auch ihr Land - während des Kampfes gegen Italien teilweise im Stich ließen und sich auf die Seite der scheinbar stärkeren Bataillone Badoglios schlugen) sehr vorsichtig und zurückhaltend waren. Der **Rastafari-Kult** bezog aus der romantischen Verklärung dieser seiner Starfigur seine Wurzeln.

Rolle der katholischen Kirche beim Abessinienkrieg

Den Überfall Italiens auf Äthiopien hatten damals auch maßgebliche Kreise des Vatikan gutgeheißen, wie man in Kommentaren im päpstlichen Organ **OSSERVATORE ROMANO** nachlesen kann, wo es z.B. (in der Ausgabe vom 24.02.1935) heißt:

"Wir erblicken in der Kolonisation ein Wunderwerk der Geduld, des Heldenmutes und der brüderlichen Liebe. Keine Nation und keine Rasse hat das Recht, isoliert zu leben. (...) Die katholische Kirche hat stets die Kolonisation unterstützt, vorausgesetzt daß sie nach einem ehrlichen humanen System ohne Anwendung von Gewalt durchgeführt wurde. Darum empfinden wir ihre erschütternde Schönheit und sind uns auch ihrer furchtbaren Macht bewußt."

In einer Art "heilsgeschichtlicher" Betrachtung hieß es, ein Land von der Größe Italiens brauche diese kolonialistische Ausdehnung, um sich entfalten zu können. Während der Vatikan dem äthiopischen Volk also "*das Recht, isoliert zu leben*", absprach, erklärte es den Kolonialismus des sich seit Mussolinis "**Marsch auf Rom**" (1922) immer weniger verhüllt austobenden, von einer Neuerrichtung des Imperium Romanum träumenden "Sacro Egoismo" zu einem "*Wunderwerk ... der brüderlichen Liebe*". Damit wurde gleichsam ein Naturrecht des Imperialismus aus dem Hut gezaubert.

Offenbar hat die Kurie, die ja dem italienischen Faschismus seit den **Lateranverträgen** von 1929 positiv gegenüberstand, dabei aber auch darauf gehofft, eine Chance zu bekommen, die für die **katholische Kirche** lästige Konkurrenz der älteren **koptischen Kirche** zu beseitigen. Jedenfalls erblickte Papst **Pius XI.**, der sich gern als Missionspapst feiern ließ, in einer Zertrümmerung der koptischen Kirche die Chance, dem besetzten Äthiopien die katholische Kirche aufzuzwingen.

Es gab da freilich auch eine theologische Rechtfertigung für die römisch-katholische Kirche, um deretwillen sie darauf beharrte, die "allein seligmachende Kirche" zu sein: Sie warf der koptischen Kirche eine Irrlehre vor: den **Monophysitismus**, d.h. die Lehre, daß sich in dem von beiden zum Sohn Gottes erklärten Jesus von Nazareth die menschliche und die göttliche Natur zu einer einzigen Natur vermischt habe, während sie selbst seit dem **Konzil zu Chalkedon** 451 ein Dogma (= unbedingter Glaubenssatz, den nicht zu akzeptieren gleichbedeutend mit Ketzertum sei) durchgesetzt hatte:

"Jesus Christus, der menschengewordene Logos Gottes, ist eine Person in zwei Naturen, die in dieser einen Person unvermischt, unverwandelt, ungetrennt und ungeschieden gegeben sind."

Das griechische Wort "Logos" (= Wort) wird hier - nach dem Johannes-Evangelium - verstanden als schon vor der von Gott geschaffenen Welt existierender Sohn Gottes.

Mit Verkündung dieses Dogmas wurden im zusammenbrechenden Weströmischen Reich bei der Führung der Christenheit die älteren Rechte der Patriarchen von Alexandrien und Abessinien zurückgewiesen und dem Patriarchen von Konstantinopel ein erster Rang nach dem Bischof von Rom zuerkannt. Bischof von Rom und Papst war damals **Leo I.**, der sich der Legende nach an der Spitze einer Gesandtschaft befunden haben soll, die den Hunnenkönig **Attila**, der von Ungarn aus ein Reich **vom Rhein bis zum Kaukasus** beherrschte und sich auch das **Oströmische Reich** tributpflichtig gemacht hatte, 452 bei Mantua dazu bewegen habe, seinen Feldzug gegen Rom abzugeben und umzukehren. Auch die Verhinderung der Zerstörung Roms nach Einnahme durch die damals im später (nach Errichtung des Islamischen Reiches) als **Maghreb** (= Westen) bezeichneten Gebiet von Südspanien über Marokko bis Tunesien ansässigen **Vandalen** 456 unter deren König **Geiserich** wurde seinem Verhandlungsgeschick zugeschrieben. Diese hatten dabei eben nicht "wie die Vandalen gehaust". Und beides grenzte für viele von Furcht und Schrecken getriebene Zeitgenossen an Wunder und erhöhte seinen Ruf als Retter (und damit Führer) der Christenheit.

Äthiopien nach der Befreiung

Die in Äthiopien vielfach kaum miteinander in Verbindung stehenden Partisaneneinheiten, deren bekannteste die **T'ik'ur Ambessotsch** (= Schwarze Löwen) waren, bekamen starken Auftrieb, als Haile Selassie Anfang 1941 ins Land zurückkehrte. Noch im selben Jahr verließ das italienische Okkupationsheer fluchtartig das Land. Auch die britische Armee, die zunächst versuchte, sich selbst als Kolonialmacht zu etablieren, mußte wenig später das Land verlassen, hielt aber noch in Eritrea gegen den wachsenden Widerstand der Bevölkerung eine **britische Militärverwaltung** aufrecht, bis dieses Gebiet 1952 zunächst als **"autonomes Gebiet"**, später als Provinz erneut in den äthiopischen Staatsverband eingegliedert wurde.

Äthiopien hat seinen Freiheitskampf teuer bezahlt. Außer dem Tod von rund 5 % der Bevölkerung hinterließ der von den italienischen Faschisten begonnene Krieg ein Land, das auch ökologisch auf Jahrzehnte hinaus ruiniert und damit zu einem der ärmsten Länder der Erde geworden war. Bis heute hat sich Äthiopien davon nicht erholt. Spätere langwierige Kriege haben eine Wurzel auch in diesem Krieg.

An Wiedergutmachungsleistungen aus Italien - das nach der Abschüttelung der faschistischen Herrschaft auf Seiten der Siegermächte stand - floß nach dem Zweiten Weltkrieg so gut wie nichts.

Äthiopien wurde 1945 Gründungsmitglied der UNO und war unter seinem, während des Kalten Krieges auf Wahrung der **"Blockfreiheit"** bedachten, panafrikanisch orientierten Kaiser 1963 maßgeblich an der Gründung der **Organisation für die Einheit Afrikas (OAU)** beteiligt, deren Sitz Addis Abeba wurde.

Haile Selassie wurde erst 1974, nach fast 60jähriger Regentschaft, gestürzt und wenig später umgebracht.

Er hatte sich bei seinem Versuch, das Land in einen zentralistischen, auf einer schlagkräftigen Armee beruhenden und dem ausländischen (zunächst britischen, später in erster Linie amerikanischen, aber auch deutschen) Kapital geöffneten Staat zu verwandeln, in zunehmendem Maße auf die aus gerade mal 2 % der Bevölkerung bestehende Gruppe der überwiegend zu den Amhara zählenden adligen Großgrundbesitzer gestützt, die rund 75 % des Bodens besaßen. Die übergroße Mehrheit der in feudaler Abhängigkeit dahinvegetierenden Kleinbauern mußten dagegen nach einem als **Naftanya Gabbar** bezeichneten Abgabensystem rund drei Viertel ihrer auf kargen Böden erwirtschafteten

Erträge an die Familie des Kaisers, an den Adel und an die Kirche abführen. Die ständige Verkleinerung ihres noch immer mit dem Ochsenpflug bewirtschafteten Landbesitzes verdankte sich auch dem **Rist**, einem Erbteilungssystem, das ursprünglich die Landlosigkeit von Stammesangehörigen verhindern sollte.

Diese Verhältnisse hatten 1972/73 in eine große (der westlichen Öffentlichkeit damals verheimlichte) Hungersnot geführt, angesichts deren die kaiserliche Prachtentfaltung das Faß der Geduld zum Überlaufen brachte.

Die durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung betrug bis 1974 gerade mal 30 Jahre. (Heute liegt sie bei 48 Jahren. Noch heute sind 73 % der Erwerbsbevölkerung in der Landwirtschaft tätig, während sich die übrigen 27 % auf Industrie und Dienstleistungen verteilen.)

Der Kaiser, der die Welt nicht mehr verstand, fuhr damals in seinem Rolls Royce durch die Kebeleotisch der Armen von Addis Abeba und warf einen Sack voll Münzen unters Volk, in der Hoffnung, so den Volkszorn beschwichtigen zu können. (Kebeleotisch: Plural von Kebele = Stadtviertel.)

Aber - wie schon Karl Marx festgestellt hat - wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht mehr gestatten, die Menschen zu ernähren, so gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder sie sprengen diese Verhältnisse oder sie gehen zugrunde.

Die Militärdiktatur

Der Revolution von 1974, die im Sturz des Kaisers durch das Militär mündete, war ein langer Prozeß des allmählichen Verlusts des Ansehens des Kaiserreiches vorausgegangen; die durch den Hunger genährte Empörung hatte dessen Beseitigung unausweichlich gemacht.

Das Militärregime, das sich als sozialistisch bezeichnete, konzentrierte sich im **Provisorischen Militär-Verwaltungsrat (PMAC)**, auf amharisch kurz **"Derg"** (= Komitee) genannt, dem ab 1978 nach Zerschlagung der zivilen Opposition **Mengistu Haile Mariam** mit diktatorischer Machtbefugnis vorstand.

Der Anspruch, eine vor allem auf Vieh- und Landwirtschaft basierende, bis dahin feudale Gesellschaftsordnung bei Überspringen der Phase des Kapitalismus in eine sozialistische Gesellschaft zu verwandeln, führte zu tiefen, gewaltsamen Einschnitten in die bisherige Struktur des Landes und war schließlich zum Scheitern verurteilt.

Als jedoch 1974 zum Aufbau des **"äthiopischen Sozialismus"** aufgerufen wurde, fand das zunächst die Unterstützung der damals wichtigsten zivilen Organisationen, die aus der revolutionären Studentenbewegung hervorgegangen waren, der **Gesamt-Äthiopischen Sozialistischen Bewegung (MEI'SON)** und der **Äthiopischen Volksrevolutionären Partei (EPRP)**.

Während die MEI'SON das Militär auch politisch unterstützte, lehnte das die EPRP ab. Sie plädierte für eine zivile Volksregierung. 1977 zerbrach auch die Kooperation zwischen dem Derg und der MEI'SON, und zwar an der Frage des **Ogadenkrieges**.

Diesen Krieg hatte das in **Somalia** herrschende Regime unter **Siad Barre** unter Anheizung eines völkischen Konflikts zwischen den dort lebenden Somali und den staatstragenden Völkern noch zur Zeit des letzten Kaisers gegen Äthiopien vom Zaun gebrochen. Der Krieg wurde auch nach dem Sturz des Kaisers fortgesetzt.

Nach der Kooperation bei der Erstürmung eines von palästinensischen Freiheitskämpfern gekaperten Flugzeugs der Lufthansa in **Mogadischu** durch Angehörige der **GSG 9** wurde Somalia von der BRD mit Waffen ausgerüstet. Die BRD ergriff damit klar Partei im Krieg gegen Äthiopien. Somalia hatte sich aus seiner Anbindung an den Ostblock gelöst und auf den Westen hin orientiert.

Der Derg sah sich damals gezwungen, den Krieg mit sowjetischer Militärhilfe zu führen, was zur Folge hatte, daß der Einfluß der Sowjetunion im Lande wuchs und schließlich sowjetische und kubanische Militärs dort stationiert wurden. Das wollte auch die MEI'SON nicht länger mitverantworten.

Umschlagen zum Faschismus

Die dem Land aufgezwungene Militärherrschaft führte in den Jahren 1977/78 in den (fälschlich so bezeichneten) "roten Terror", bei dem der Derg zum Kampf gegen zivile Oppositionsgruppen aufrief.

In **Dire Dawa** wurden beispielsweise im Juni 1979 rund 200 nicht-amharische politische Gefangene zur Abschreckung öffentlich hingerichtet, eine Maßnahme, die dort heftige Reaktionen unter der Bevölkerung auslöste und insbesondere den Haß gegen die Amhara nährte, der dort damals noch untergründig wirkte, zumal das Regime in den **Kebele**ottschaft straffe Kontrollorgane schuf, um jeden Widerstand im Keim zu ersticken.

Diese Vorgehensweise löste zusätzlich starke Empörung im Lande aus und war praktisch der Anfang vom Ende des "äthiopischen Sozialismus", zumal als dieser im Zuge des Zusammenbruchs der Sowjetunion und vor allem der DDR keine Unterstützung von dort mehr bekam.

Der Derg versuchte, durch Annäherung an den Westen seine Herrschaft aufrechtzuerhalten, scheiterte jedoch an den inneren Widersprüchen und den zahlreichen Konfliktherden. Das Rückgrat brachen dem Derg schließlich der Freiheitskampf in Eritrea unter Führung der **Eritreischen Volksbefreiungsfront (EPLF)** und der Befreiungskampf von Tigray aus unter Führung der **Tigrinischen Volksbefreiungsfront (TPLF)**, die die Kerntruppe bei der Bündnisorganisation EPRDF bildet.

Seine Legitimationsgrundlage verlor der Derg bereits mit der - auch kriegsbedingten - Hungersnot von 1985, in deren Verlauf Hunderttausende starben. 1990 erklärte Mengistu, der sich zunehmend auf die USA stützte, den "äthiopischen Sozialismus" für gescheitert. Auch sein Eintreten für die USA im Konflikt gegen den Irak und der Bezug von Waffen aus **Israel** retteten das Mengistu-Regime jedoch nicht mehr.

Einen kurzen Augenblick lang hatte es sogar so geschienen, als sei die in Saudi-Arabien stationierte US Army nicht gegen den Irak gerichtet, sondern zum Schutz des Mengistu-Regimes bestimmt gewesen. Die USA hatten sich politisch in den äthiopischen Bürgerkrieg eingeschaltet, um die EPRDF zu Verhandlungen mit dem Derg zu bewegen, worauf diese sich auch einließ (**Londoner Gespräche**).

Es war dem Derg jedoch nicht gelungen, die ethnischen Rivalitäten - der seit 1961 währende Krieg Äthiopiens um Eritrea und den Zugang zum Roten Meer gegen die EPLF war älter als das Regime - zu beseitigen, und schließlich flossen rund 90 % aller Staatsausgaben in den Krieg. Und das schien ein Faß ohne Boden zu sein.

In einer großangelegten Militär-Aktion der israelischen Luftwaffe wurden aus dem belagerten Addis Abeba rund 6.000 äthiopische Menschen jüdischen Glaubens nach Israel ausgeflogen, weil zu befürchten sei, der Volkszorn werde diese wegen der Waffenhilfe Israels an das Mengistu-Regime zuerst treffen.

(wird fortgesetzt)

Klaus Dillmann

GEMEINSAME ERKLÄRUNG

DER ÜBERLEBENDEN FLÜCHTLINGE ZU IHREM WEITEREN AUFENTHALT

Aus wirtschaftlicher Not, aus Gründen der politischen Verfolgung, aus Kriegsgebieten haben wir unser Land verlassen müssen. Wir kommen aus Angola, dem Libanon, aus Liberia, aus Syrien, aus Togo und Zaire. Einige von uns leben seit sechs Jahren in Deutschland. In der Lübecker Hafenstrasse haben wir drei Jahre zusammengelebt wie in einer grossen Familie - egal, ob wir schwarz, braun oder weiß sind. Wir haben gehofft, hier wie Gäste und schliesslich vielleicht sogar als Freunde aufgenommen zu werden. Stattdessen werden wir oft wie Kriminelle behandelt - als Diebe, Schieber, Betrüger. Als Fremde in diesem Land werden wir ausgegrenzt, diskriminiert, verfolgt, getötet.

Mit dem sogenannten Asylkompromiss ist das Recht auf Asyl praktisch abgeschafft. Weitere gesetzliche Verschärfungen sind erfolgt. Sie haben das Ziel, uns das Leben hier so unerträglich wie möglich zu machen. Auch die neue Regelung für "alte Fälle" wird den meisten von uns jede Grundlage für ein Bleiberecht nehmen. Diese Gesetze haben ein gesellschaftliches Klima geschaffen, das unsere Unterdrückung und Verfolgung verschärft. Die Sorge um die eigene Existenz und Gleichgültigkeit für fremde Schicksale bestimmt die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Diese Gleichgültigkeit lässt Ablehnung und Hass freien Lauf - bis zum mörderischen Angriff auf unser Leben.

In der Nacht vom 17. auf den 18. Januar haben wir zehn Menschen

durch einen rassistischen Brandanschlag verloren. 38 BewohnerInnen der Hafenstrasse haben diesen furchtbaren Angriff auf uns überlebt. Gerade für die Kinder ist diese Nacht zur Wende ihrer Zeitrechnung geworden: diese Nacht teilt ihr Leben in Erinnerungen vor dem Brandanschlag und Erfahrungen danach. Nichts ist mehr wie früher: Ihr unbeschwertes Leben ist erstorben; immer wieder wollen sie aus den Fenstern springen, um sich vor den Flammen zu retten; sie bitten uns, mit ihnen wegzugehen, wenn in geschlossenen Räumen geraucht wird; sie werden von heftigen Krämpfen geschüttelt, wenn sie Feuer sehen: sie sind in ihrer Psyche schwer erschüttert.

Anderer tragen bis heute die Folgen ihrer lebensgefährlichen Verletzungen: Silvere A. überlebte mit drei gebrochenen Wirbeln und einem komplizierten Beinbruch. Victor A. lebte mit schweren Verletzungen bis zu seiner Abschiebung in Haft. Kate D. lebt mit gebrochenem Bein, das nicht heilen will. Hassan F. überlebte mit gebrochener Wirbelsäule, seit Monaten darf sie das Bett nicht verlassen - ihr Rücken muss durch ein Korsett gestützt werden. Marwan E. lebt mit grossen Schmerzen in den Sprunggelenken, den Hüften, der Schulter. Miaz E. überlebte den Sprung aus dem Fenster, aber er kam bis heute nicht auf seinen Beinen stehen. Viele von uns sind deprimiert, hoffnungslos, gebrochen, gefährdet; Silvere A. musste mit ansehen, wie zwei Menschen verbrannten - die Bilder verfolgen ihn Tag und Nacht.

Aus "humanitären Gründen" ist uns in dieser Stadt ein gesicherter und unbefristeter Aufenthalt zugesagt worden. Diese Zusage des Bürgermeisters der Stadt Lübeck, Michael Boutellier, galt für alle, die in unserem Haus diese schreckliche Nacht erlebt haben -

gleichgültig, ob sie dort gewohnt haben, ob sie zu Besuch waren oder sich illegal dort aufhielten. Herr Boutellier hat alleine nicht die Macht, diese Zusage politisch durchzusetzen. Victor A. lebte illegal im Haus; nach der Zusage der Bürgermeisters meldete er sich bei der Ausländerbehörde - in Eutin. Er wurde sofort in Abschiebehaft genommen. Bereits im April sollte er abgeschoben werden; nur sein entschlossener Widerstand auf dem Frankfurter Flughafen hat dies verhindert. Danach sass er in Rheinbach bei Bonn in Abschiebehaft. Victor A. ist inzwischen nach Nigeria abgeschoben worden, obwohl die Staatsanwaltschaft auf Antrag der Verteidigung verfügt hatte, dass niemand der Überlebenden abgeschoben werden darf. Wir alle sind wichtige Entlastungszeugen für Safwan Eid. Die Akten der anderen Überlebenden hat der Bürgermeister an sich genommen, um unsere drohende Abschiebung durch die Ausländerbehörde der Stadt Lübeck zu verhindern. Bereits am 16. Februar hat die Stadt Lübeck bei der libanesischen Botschaft in Bonn laissez-passer-Papiere für die Familie Eid beantragt. Sie liegen seitdem vor - mit der Bitte der Botschaft, aus "humanitären Gründen" die Familien zur Zeit nicht abzuschicken, "bis der Urteilspruch gegen den Sohn Safwan Eid gefallen ist". Andere haben einen "gesicherten" Aufenthalt von nur wenigen Monaten: bis November 1996. Nur Marie A. hat ein anerkanntes Recht auf Asyl, das nicht einmal für ihre Kinder gilt. Wir denken, dass wir alle als Zeugen und Zeuginnen des Brandanschlages von Abschiebung bedroht sind. Daher bitten wir mit dieser gemeinsamen Erklärung Anwälte und Anwältinnen, Ärzte und Ärztinnen, Politiker und Politikerinnen, Menschen in Gewerkschaften, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen, die uns helfen wollen, einen gesicherten und unbefristeten Aufenthalt für uns durchzusetzen.

(aus: ak 392 - 1. Juli 1996)

50 JAHRE VVN NRW

Am 26. Oktober 1946 wurde in Düsseldorf die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) des Landes Nordrhein-Westfalen gegründet. Die rund 500 Delegierten vertraten damals 50 000 ehemalige politische Gefangene und Verfolgte des NS-Regimes.

Bei einer Jubiläumsveranstaltung am 19.10. 1996 in Mülheim/Ruhr mit hunderten von ehemaligen Widerstandskämpfern und Angehörigen der jüngeren Generation erinnerte der heutige Landesvorsitzende Jupp Angenfort daran:

"Die Gründungsmitglieder waren sich einig in der Forderung: Nie wieder Faschismus und Krieg. Schluss mit Rassismus, Antisemitismus und Militarismus."

Damals habe es eine starke Übereinstimmung aller demokratischen Kräfte gegeben. So hätten Vertreter von SPD, KPD, CDU, FDP, des Zentrums, der jüdischen, evangelischen und katholischen Religionsgemeinschaften dem ersten VVN-Landesvorstand angehört. Für sie alle hielt der erste Ministerpräsident des Landes, Dr. Rudolf Amelunxen, eine Ansprache, in der er den Widerstandskampf und das Leiden der Opfer würdigte.

Der Ministerpräsident mahnte: "All denen, die den Schandtaten und Verbrechen der Vergangenheit das richtige Verständnis noch nicht entgegenbringen, müssen wir mit wachrückelnder Aufklärung und eindeutigen Forderungen entgegenreten."

Er sagte weiter: "In der Ausübung von Toleranz darf und muss nur eine einzige Ausnahme gemacht werden, nämlich die, dass es keine Freiheit gibt für die Mörder der Freiheit. Wir kennen diese und werden alles tun, um sie nicht noch einmal zum Zuge kommen zu lassen."

Die VVN, die heute die Zusatzbezeichnung "Bund der Antifaschisten" trägt, um offen zu sein für nachfolgende Generationen, hatte auch zum 50. Jahrestag den NRW-Ministerpräsidenten mit Mitwirkung beim Jubiläum gebeten. Ministerpräsident Johannes Rau lehnte zwar die Schirmherrschaft über das Jubiläum mit dem Hinweis auf Differenzen in der Menschenrechtsfrage in der Vergangenheit ab, er fand jedoch würdige Worte für die VVN, deren Mitglieder gegen das "Verdrängen und Vergessen" wirkten. Die VVN sei zu "einer Mahnerin gegen das Vergessen geworden". Rau würdigte in seinem Schreiben auch die "vergessenen" Opfer sowie die Rolle der Kommunisten im Widerstand. Es sei völlig verfehlt, "die Opfer des kommunistischen Widerstands gegen Hitler gleichsam in Haftung zu nehmen für die spätere Politik der DDR."

Rau betonte, dass es einen Schlussstrich unter die Vergangenheit nicht geben darf. "Was die

Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus anbetrifft, hat die VVN seit ihrer Gründung vor fünfzig Jahren einen wichtigen Beitrag geleistet, den ich schätze und der nicht kleingeredet werden darf."

In seiner Antwort an Johannes Rau dankte Jupp Angenfort für die von Rau ausgesprochenen Wünsche zum guten Gelingen. Besonders besorgt seien die überlebenden NS-Opfer über den Nährboden, der sich für eine Entwicklung nach rechts entwickle.

"Meines Erachtens besteht die Gefahr, dass Rechtskräfte die Massenarbeitslosigkeit und soziale Not demagogisch nutzen, um ihre Pläne für eine ganz andere Bundesrepublik Deutschland voranzutreiben, für eine Bundesrepublik, in der demokratische Rechte und Freiheiten fortlaufend weiter eingeschränkt werden, in der eine Grossmachtspolitik betrieben wird, die militärische Abenteuer und entsprechende Folgen einkalkuliert. es wäre gut, wenn die demokratischen Kräfte unseres Landes sich entschlossen, solch einer Entwicklung in gemeinsamem Handeln entgegenzuwirken."

Angenfort bezeichnete dies auch als einen Auftrag der NRW-Landesverfassung, in der das Wohl des Menschen und "der Schutz der Arbeitskraft den Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes" (Artikel 14) einnehme.

Auf dem Treffen in Mülheim wurde die Jugend aufgerufen, den Bestand und die Fortentwicklung der VVN-BdA zu sichern. Junge Leute waren in überraschend grosser Zahl unter den TeilnehmerInnen, die sich mittels Videos, Ausstellungen, Gesprächen mit Zeitzeugen und bei zwei kulturellen Erinnerungs- und Solidaritätsveranstaltungen im Ringlokschuppen des Landesgartenschau Geländes informierten.

KünstlerInnen aus Südamerika, Afrika und aus der Türkei sorgten für Höhepunkte des antifaschistischen Landestreffens. Der Schauplatz der Geburtstagsfeier, ein ehemaliger Lokschuppen des Betriebsbahnausbesserungswerkes Mülheim, hat auch historische Bedeutung: Hier wirkte eine Widerstandsgruppe, die bis 1945 ZwangsarbeiterInnen half.

Ulrich Sander
Pressesprecher der
VVN-BdA NRW

ANTIFA-KOORDINATION IM KREIS RECKLINGHAUSEN GEGRÜNDET

Am 17.9.96 trafen sich im Recklinghäuser Antifa-Zentrum Menschen aus verschiedenen Gruppen und Organisationen (PDS, DKP, Bündnis 90/Die Grünen, VVN-BdA, antifa x, Antifa-AK Castrop-Rauxel, Antifa-AK Dorsten, Hertener Aktionsbündnis gegen Neofaschismus und AFB) und bildeten eine "Kreisweite Antifa-Koordination", die sich in Zu-

kunft regelmässig treffen wird, um die Untersuchungen über die faschistischen Strukturen im Kreis Recklinghausen zu vertiefen.

Das Bündnis bereitet eine kreisweite Veranstaltung zu diesem Thema vor.

Bisherige Untersuchungsergebnisse über faschistische Strukturen legte das Hertener Bündnis gegen Neofaschismus vor, die wir im folgenden dokumentieren.

Das braune Netz im Kreis Recklinghausen

Der Kreis Recklinghausen kam Anfang des Jahres aus den bundesweiten Schlagzeilen nicht heraus. Mehrfache Razzien machten schlagartig deutlich, dass im Kreis Recklinghausen ein Netz von militanten Neofaschisten besteht, die nach dem Niedergang der NPD und der "Republikaner" die Führung im "nationalen Lager" übernommen haben. Schon vor dem Verbot der FAP haben sie in verschiedenen Städten des Kreises Recklinghausen nationalistisch gesinnte Skinheads sowie Alt- und Neofaschisten in verschiedenen Organisationen um sich gesammelt.

Nationale 'autonome' Zellen

Die FAP hatte sich in sog. Kameradschaften

vor Ort organisiert. Nach dem Verbot der FAP wurden einzelne Teile der Kameradschaft Recklinghausen als "Nationale autonome Zellen" organisiert.

Die Führung dieser Zellen wurde im Bereich Dorsten/Schermbeck von Melanie Dittmer ("Gismo"), im Bereich Ostvest/Oer-Erkenschwick von dem ehemaligen Kreisbeauftragten der FAP, Dieter Riefling ("Miesling") und im Bereich Hertener/Recklinghausen von Frank Reber wahrgenommen.

Am 16.2.96 hatten Polizisten und Staatsanwaltschaft 23 Wohnungen u.a. in Hertener, Recklinghausen und Oer-Erkenschwick durchsucht. Dabei war umfangreiches Propagandamaterial, Computer, Hakenkreuz- und Reichskriegsfahnen, T-Shirts mit dem Konterfei von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß, Uniformen, Schlagwaffen, Messer, eine Pistole, Gotcha-Waffen, Anleitungen zur Herstellung von Molotow-Cocktails sowie zum Basteln von Bomben und Sprengfallen sichergestellt worden.

Am 24.4.96 waren 47 Wohnungen u.a. in Dorsten, Schermbeck, Castrop-Rauxel, Haltern, Hertener, Waltrop und Marl durchsucht worden. Hierbei hatte man außerdem noch eine Übungshandgranate, eine Armbrust, einen Messerhandschuh, Pistolen und alte Karabiner sowie Munition gefunden. Allen Verdächtigen wird vorgeworfen, die Ziele der verbotenen rechtsextremen FAP fortzusetzen und zu verbreiten. Dazu gehört die Verbreitung von NS-Gedankengut ebenso wie die Planung, Vorbereitung und

Tuu Matsch Nazis

Das Bundesweite Antifatreffen (BAT) hat eine Kampagne gegen die neofaschistische Sammlungsorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) vorbereitet, die regional von allen möglichen Gruppen umgesetzt wird. Für den Fall, daß Ihr Euch daran beteiligen wollt, könnt ihr die Materialien bestellen.

■ 4-seitiges Falblatt A 3 zweifarbig:

- 25 Stück = 7.- DM
- 250 Stück = 40.- DM

■ Plakat A 2 vierfarbig:

- 10 Stück = 10.- DM
- 100 Stück = 60.- DM

Alle Preise inkl. Porto und Verpackung. Demnächst erscheint auch noch eine Broschüre und ein Wandervortrag.

Bestellungen nur gegen Vorkasse (bar/Briefmarken/V-Scheck) an:
Antifa Mail Order Kommando (AMOK)
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Weg mit den
Jungen Nationaldemokraten

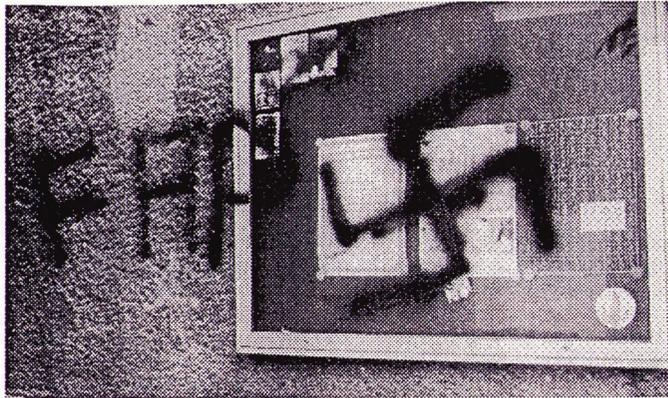
Durchführung von Aktionen gegen Ausländer

Organisationen des F. Reber

In Herten konzentriert sich alles auf die Person des Frank Reber. Er ist einer der führenden Köpfe der Kameradschaft Recklinghausen, Vorsitzender des "Vestische Sportaktivisten e.V.", "Ortsleiter" der "Deutschen Liste Herten e.V." und Geschäftsführer der "Mjölmir - Versand und Verlag GmbH". Gegenstand z.B. der "Mjölmir - Versand und Verlag GmbH" ist der "Versand und Verkauf von Schriftgut, Tonträgern, Bildern, Postern, Büchern und Spielen; der Versand, Verkauf und das Herstellen von Aufnahmen, Aufklebern, auch zu Werbezwecken; der Versand und Verkauf von Ausrüstungsgegenständen für den Abenteuersport und für Reise; das Verlegen von Büchern."

Nationale Wählervereinigungen

Im Frühjahr 1994 wurde die **Deutsche Liste (DL)** in Herten gegründet. Sie versteht sich als ein "Zusammenschluss aller nationalen Kräfte auf kommunaler Ebene". Die DL konzentriert sich auf die Teilnahme an Wahlen. Als Partei kann sie unter legalen Bedingungen öffentlich Wirkung erzielen und sich ins Gespräch bringen. Die DL hat in Herten nach eigenen Angaben 50 Mitglieder. Die DL muss als undemokratisch, nationalistisch, neofaschistisch, ausländerfeindlich und militant charakterisiert werden. Nach den neuesten Erkenntnissen stellt sich die Frage, ob die DL nicht zudem als kriminelle



Nazi-Schmierereien am Internationalen und Antifa-Zentrum

Vereingung eingeschätzt werden muss. Es mehren sich Beispiele, dass Personen aus den Reihen der DL Gewalt gegen Ausländer und Andersdenkende ausüben. So wurde **Markus Kriedel** (Fördermitglied der DL) verurteilt, weil er Jugendliche, die ein von ihm geklebt Plakat der NPD entfernen wollten, brutal überfallen hatte. Der Bruder des Landtagskandidaten der DL, **Uwe Jerosch**, wurde verurteilt, weil er einen tamilischen Blumenverkäufer brutal und ohne Grund auf offener Strasse zusammengeschlagen hatte. Kurz danach trat U. Jerosch aus der DL aus. Nach Angaben der Polizei hatte der rechtsradikale Mörder **Thomas Lemke** Kontakte zur DL. Mitglieder der DL kandidierten 1994 nicht nur in Herten, sondern für die "Unabhängige Wählergruppe" auch in Recklinghausen. Vorsitzender dieser Wählergruppe war Markus Kriedel. Als Kandidat trat u.a. auch der Bruder von Dieter Riefling, **Jürgen Riefling**, auf.

Faschisten werden wieder frecher

Neben den Gewaltaktionen in Dorsten, Herten, Marl und

Castrop-Rauxel haben die Faschos in den vergangenen Wochen auch zweimal das Antifa-Zentrum mit braunen Parolen ("Wir sind wieder da" und "FAP" und "SS") beschmiert. Der Antifaschistische Bund (AFB) hat Strafanzeige gestellt. Es ist aber klar, daß die Polizei gegen die Faschos (zur Zeit) wenig unternimmt - man hält sich für in der Lage, nach den zwei Razzien die faschistischen Strukturen in Recklinghausen "beobachtend unter Kontrolle" zu behalten. Das reicht aber nicht. Die neu gebildete Antifa-Koordination hat sich zum Ziel gesetzt, den Faschisten im Kreis Recklinghausen jede Möglichkeit öffentlichen Auftretens zu entziehen. Dazu gehört auch, die Treffpunkte der Faschos öffentlich bekanntzumachen und "Druck der Öffentlichkeit gegen ihre Wühl- und Hetzarbeit zu entfalten."

Antifaschistische Koordination im Kreis Recklinghausen c/o Antifa-Zentrum, Hermer Str. 43, 45657 Recklinghausen

HERTENER AKTIONSBÜNDNIS GEGEN NEOFASCHISMUS FORDERT:

Überprüfung der Gemeinnützigkeit des Vereins "Vestische Sportaktivisten e.V."

Das Hertener Aktionsbündnis gegen Neofaschismus hat kürzlich das Finanzamt in Recklinghausen aufgefordert, den "Vestische Sportaktivisten e.V." mit dem Ziel des Entzugs der Gemeinnützigkeit gründlich zu überprüfen.

Das Aktionsbündnis hat der Finanzbehörde vorgeschlagen, bei einer solchen Überprüfung auf die Beantwortung bestimmter Fragen zu drängen und sich hierbei an verschiedene Behörden wie z.B. den "Staatsschutz", den Stadtsportverband Recklinghausen und andere Finanzbehörden zu wenden. Dem Schreiben des Hertener Bündnisses sind beigelegt:

1. eine Beschreibung der Straftaten und neofaschistischen Aktivitäten des Vorsitzenden des rechtsextremen Sportvereins, Frank Reber, und
2. eine Darstellung über die **Deutsche Liste**, deren Vermögen im Falle der Auflösung dem **"Vestische Sportaktivisten e.V."** zufällt.

Mit der Gemeinnützigkeit des Vereins sind einige finanzielle und politische Vorteile für die Neofaschisten verbunden:

1. Spenden sind über ein für Sportvereine spezifisches Verfahren bis zu einer Höhe von insgesamt 5 % des Gesamtbeitrages der Einkünfte abzugsfähig.
2. Der Verein kann Vergünstigungen im außersteuerlichen Bereich wie z.B. öffentliche Zuschüsse oder die Befreiung von bestimmten staatlichen Gebühren und Kosten beantragen.
3. Der Verein gehört dem Stadtsportverband in Recklinghausen an und ist damit in das

öffentliche Sportgeschehen integriert. So kann der Verein z.B. öffentliche Sporteinrichtungen benutzen und Übungsleiter ausbilden lassen.

Gleichzeitig hat der Verein seine Möglichkeit genutzt und ist unmittelbar nach Anerkennung der Gemeinnützigkeit den überregionalen Sportverbänden wie dem Deutschen Fußballbund, dem Deutschen Leichtathletikverband und seinen Untergliederungen beigetreten.

Damit kann er zahlreiche Angebote dieser Verbände wie z.B. Schulungskurse, Freizeitangebote, verschiedene Vergünstigungen und sportliche Wettbewerbe für sich nutzen. Durch diese Mitgliedschaften verleiht sich der Verein den Anstrich von Seriosität und Offiziösität, die ihm angesichts der rechtsextremen Tätigkeit eines großen Teils seiner Mitglieder und deren Ausländerfeindlichkeit überhaupt nicht zusteht.

Im Dezember 1994 sorgte ein Sendebeitrag in "Panorama" für Furore, weil den Finanzämtern hierin vorgeworfen wurde, sich bei der Prüfung der Gemeinnützigkeit mehr auf die Buchführung als auf den rechtsradikalen Charakter mancher Vereine zu konzentrieren.

Wir können nicht einschätzen, mit welcher Bereitschaft und Ernsthaftigkeit das Finanzamt

Recklinghausen bereit ist, unserem Ansinnen zu folgen. Das Aktionsbündnis hat jedenfalls mit Befremden zur Kenntnis genommen, dass sich das Finanzamt mit Hinweis auf den Datenschutz und das Steuergeheimnis als nicht berechtigt ansieht, Dritten gegenüber Auskunft über den Stand des Prüfungsverfahrens und das Ergebnis zu erteilen.

Trotzdem halten wir es für richtig, alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten auszuerschöpfen, die uns zur Verfügung stehen. Über die Forderung nach dem Entzug der Gemeinnützigkeit und der Rechtsfähigkeit dieses und anderer rechtsextremer Vereine bereiten wir letztendlich auch den Weg für ein Verbot und die Auflösung solcher Vereine

HERTENER AKTIONSBÜNDNIS GEGEN NEOFASCHISMUS
c/o Detlev Beyer-Peters,
Ostwall 19, 45701 Herten

INFORMATION zum "VESTISCHE SPORTAKTIVISTEN e.V."

1. Funktionäre des Vereins

Vorsitzender und Mitgründer des Vereins ist der Student **Frank Reber** (geb am

15.1.1965. Frank Reber ist als Kader militanter neofaschistischer Organisationen bekannt. Zu seinen politischen Aktivitäten gibt es unzählige Veröffentlichungen. Kassenprüfer und Mitbegründer des Vereins ist der Jurist **Adolf-Peter Weber** aus Recklinghausen. Weber war Mitglied der NPD, Volontär und Assessor beim Anwalt **Wilhelm Schöttler** und wurde 1987 zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden der Republikaner gewählt.

2. Zusammensetzung der Mitgliedschaft

Der Verein ist 1986 vorrangig gegründet worden, um mit einem entsprechend "attraktiven" Angebot rechte Skinheads zu sammeln und neofaschistischen Organisationen wie der NPD und der inzwischen verbotenen FAP und ihren Nachfolgeorganisationen neue Mitglieder zuzuführen.

Dem Staatsschutz Recklinghausen sind die Mitglieder sicherlich namentlich bekannt, zudem dürften ihm nach den zwei großen Razzien dieses Jahres Erkenntnisse über politische und andere Straftaten im Zusammenhang mit der FAP und ihren Nachfolgeorganisationen, insbesondere im Zusammenhang mit neofaschistischen Aufmärschen (z.B. Rudolf-Hess-Märsche) vorliegen.

3. Aktivitäten des Vereins

Es dürften dem Staatsschutz Recklinghausen ebenfalls Erkenntnisse vorliegen, wonach der Verein bzw. Mitglieder des Vereins an Wehrsportübungen und Übungen mit Gotcha- und anderen Waffen in Hertens-Süd beteiligt waren.

4. Vernetzung des Vereins mit anderen neofaschistischen Organisationen und Vereinen

Bei Auflösung oder Aufhebung oder bei Wegfall seines bisherigen Zwecks soll das Vermögen des "Vestische Sportaktivisten e.V." an das "**Collegium Humanum, Akademie für Umwelt und Lebensschutz e.V.**" mit Sitz in Vlotho fallen. Dessen Seminare - so Ulrich Wikert in den Tagesthemen vom 29.7.1995 - "dienen offensichtlich als Tarnung für die rechtsextreme Szene. Die neue Rechte sucht sich immer neue Verpackungen aus, um national-sozialistische Inhalte zu verbreiten."

Gründer und geistiger Übervater des Collegium Humanum ist **Dr. Werner Haverbeck**, im Nationalsozialismus einer der bedeutenden Ideologen des 3. Reiches, Leiter des Reichsbundes für Volkstum und Heimat und seit 1929 Mitglied der Reichsleitung der NSDAP-Studentenschaft. Professor Heinz Gess von der Fachhochschule Bielefeld: "Haverbeck ist ein Öko-Faschist, der Zeit seines Lebens dieselben völkischen Ideologien vertritt, die er auch schon zu Zeiten des Nationalsozialismus vertreten hat."

Vorsitzender des Trägervereins ist **Ernst-Günter Kögel**, der "rechtskräftig wegen Volksverhetzung verurteilt" ist. 1989 verbreitete er eine Broschüre, in der er die Existenz von Gaskammern in Auschwitz abstritt. Geschäftsführer war der Kühnen-Vertraute **Michael Krämer**. In seiner Zeit wurde 1984 im Collegium Humanum der 100. Geburtstag Adolf Hitlers vorbereitet. Es fanden Treffen von Mitgliedern der verbotenen Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivistinnen (ANS/NA) und der FAP zur Vorbereitung der Kommunalwahlen in NRW statt (Tagesthemen vom 29.7.1995, Antifazzeitung NRW 12/95).

Aber der "Vestische Sportaktivisten e.V." wird auch selber bedacht. Im Falle einer Auflösung der "Deutschen Liste Hertens e.V." soll ihm deren Vermögen zufallen.

Hertener Aktionsbündnis gegen Neofaschismus

Anzeige

Attatroll Buchladen

45657 Recklinghausen Hermer Str. 16
☎ 02361 / 17002

**"Jetzt sind freilich aufgeklärter
Diese Menschen, und sie töten
Nicht einander mehr aus Eifer
Für die himmlischen Interessen. -**

Partner der
Büchergilde

Partner der
Büchergilde

**"Nein, nicht mehr der fromme Wahn,
Nicht die Schwärmerei, nicht Tollheit,
Sondern Eigennutz und Selbstsucht
Treibe sie jetzt zu Mord und Todschlag.
Heinrich Heine "Atta Troll"**

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30 & Sa 9.00-14.00

WURZEN & UMLAND NICHT IN NAZIHAND !

Demonstration am 16. November, 14. Uhr, Bahnhof Wurzen

Das "Leipziger Bündnis gegen Rechts" führt am 16. November in Wurzen bei Leipzig eine antifaschistische Demonstration durch unter dem Motto "Kampf den braunen Zonen - den rechten Konsens durchbrechen ! Keine Räume für Faschisten !"

"Die Stadt Wurzen, eingebettet in den Muldentalkreis, etwa dreissig Kilometer von Leipzig entfernt, wird von einer grösstenteils jugendlichen Nazi-Szene dominiert, deren Dimension in der BRD vor 1989 nicht vorstellbar war", heisst es im Aufruf des Bündnisses. "Ein gesamter Landkreis steht faktisch unter ihrer militanten Kontrolle. Integriert in den Alltag der dortigen Bevölkerung dient ihnen die eroberte Hoheit über einen gesamten Landstrich als Aufmarsch- und Rückzugsgebiet."

Mehr als 30 Rechtsextreme agieren mittlerweile ständig in der Stadt, bis zu 300 Skins aus dem Muldentalkreis kamen hier bereits zusammen. Doch für den seit 1990 amtierenden CDU-Bürgermeister zählt die NPD zu den "demokratischen Parteien". Rechtsextreme gibt es in seiner Stadt nicht. Überfälle auf Ausländer, Obdachlose und

Antifaschisten oder auf das Kinder- und Jugendcamp in Bennewitz, Schüsse auf die örtliche Filiale des "Europäischen Bildungswerkes" zählt er zu "Schlägereien, wie es sie überall in Deutschland" gebe.

Exemplarisch für die staatliche Sichtweise ist die Darstellung der Muldentaler Fascho-Szene im 95er Sächsischen Verfassungsschutzbericht. Aus der für den Verfassungsschutz typischen Lesart ergibt sich zwar die Konstatierung einer "örtlichen rechtsextremen Szene", doch Straftaten derselben werden als Fakten verschwiegen. Eine Gegenrecherche des "Bündnisses gegen Rechts" ergab, dass über ein Dutzend Straftaten der Faschisten keinen Eingang in den Bericht fanden.

Wer sich ernsthaft mit der Wurzen rechten Szene beschäftigt, wird schnell bemerken, woher der Wind weht, der ihnen eben dort nicht ins Gesicht schlägt, stellen die Aufrufer zur Demonstration fest. Von grossen Teilen der Bevölkerung werden Verschwörungsszenarien vertreten, durch die sie sich selbst zu immer neuen Schutzreflexen für "ihre Kinder" nötigen. So gab es beispielsweise einen "Runden Tisch der Jugend", der sich als reine Faschoplatzform

entpuppte. Zur ersten von Bürgermeister Pausch einberufenen Runde kamen dann gleich mal einhundert (!) Neonazis zusammen mit ihren Eltern (!). Dort zwangen die Nazis das Häuflein alternativer Jugendlichen zum endgültigen Stillhalten (O-Ton: "Sonst gibts am Wochenende Tote").

Die Demonstration wird bisher von ca. 20 Antifa-Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet unterstützt. Abgeordnete von PDS, Bündnis 90/Die Grünen, sowie ein Vertreter des BdA Leipzig haben die Demonstration angemeldet, deren Route an Punkten vorbeiführt, wo es Übergriffe von Faschisten gegeben hat. Im Vorfeld läuft eine bundesweite Infotour mit Referaten, Filmen und Dias.

Nähere Informationen dazu sind über das "Bündnis gegen rechts", c/o VL, Fax 0341 - 9608303, Tel montags, 19-22 Uhr, 0341 - 4777829 zu erfragen.

ENDSTATION DEUTSCHLAND Unrechtspraxis für Verfolgte

Die Verschärfung des innenpolitischen Klimas und die Durchsetzung innenpolitischer Interessen gegenüber MigrantInnen wird in zynischen und menschenverachtenden Urteilsbegründungen deutlich.

Wir haben im folgenden den Fall einer Frau eines nordafrikanischen Staates, die im Gefängnis den Vergewaltigungsversuch eines Polizisten abwehrte, als Beispiel ausgewählt. Sie handelte in Notwehr, und bei einem Gefangenentransport gelang ihr später die Flucht. In Deutschland beantragte sie Asyl.

In dem ablehnenden Urteil des Verwaltungsgerichtes Gelsenkirchen von 1996 heißt es dazu:

"Soweit die Klägerin (...) einen Polizisten geschlagen haben will, ist nicht ersichtlich, daß sie deswegen asylherbliche Maßnahmen zu befürchten hat. Ein - wegen Körperverletzung - möglicherweise einzuleitendes Strafverfahren stellt keine politische Verfolgung dar, sondern dient lediglich der Ahndung kriminellen Unrechts. Insoweit ist darauf hinzuweisen, daß nach dem eigenen Vorbringen der Klägerin (...) nichts dafür spricht, da sie sich lediglich gegen ungerechtfertigte Handgreiflichkeiten zur Wehr gesetzt haben will."

In der Formulierung werden schon einmal die Angaben der Klägerin als wahrheitsgemäß angezweifelt. Dann wird ihre Notwehr zur Vermeidung einer Vergewaltigung als kriminelle Handlung angesehen. Falls es doch Notwehr wäre, würde ihr keine Verfolgung drohen.

Dies bedeutet blanke Verleugnung der politischen Wirklichkeit in einem diktatorischen Staat. Im weiteren wird implizit die Praxis der Todesstrafe befürwortet und als Mittel zur Abschreckung begrüßt:

"Das Vorbringen der Klägerin, sie befürchte, bei einer Rückkehr in ihr Heimatland durch die Familie getötet zu werden, vermag eine erhebliche, konkrete Gefahr im Sinne des Gesetzes nicht zu begründen. Insoweit ist davon auszugehen, daß die Bundesrepublik verfassungsrechtlich nicht verpflichtet ist, Ausländer vor derartigen Gefahren in ihrem Heimatland zu bewahren. Sie sind regelmäßig darauf zu verweisen, sich dem Schutz ihres Heimatstaates zu unterstellen oder der Gefahr durch Wahl eines anderen Wohnsitzes auszuweichen (...)."

Der vorliegende Fall bietet keinen Anhaltspunkt dafür, von diesem Grundsatz abzuweichen. Zunächst ist festzustellen, daß das (...) Strafrecht (...) für die Ermordung eines Blutsverwandten die Todesstrafe vorsieht (...). Dies dürfte schon einen erheblichen Abschreckungseffekt ausüben."

Daß die Wirksamkeit der Todesstrafe Wunschenken bestimmter politischer Richtungen ist, läßt sich an Hand von Kriminalstatistiken z.B. in den USA belegen.

"Die Kriminalstatistik weist nach, daß die Todesstrafe kein geeignetes Mittel ist, um Gewaltverbrechen einzuschränken." (Willi Brandt, 1963, zitiert nach: amnesty international, Ein Mensch weniger, 1995, S. 83).

Die Definition des Staatsbegriffes wird nicht geklärt, sondern Staatsmacht in der praktischen Asyl(un)rechtsprechung als repräsentative Institution vorausgesetzt.

Ein anders verstandener Staatsbegriff dagegen umfaßt die gesamte Strukturierung des Zusammenlebens und der Machtverhältnisse auf einem bestimmten Territorium. Als Beispiel hierfür zitieren wir aus der Frankfurter Rundschau vom 22. 5. 1996 zum "Somalia-Urteil":

"Flüchtlinge aus Somalia haben kein Recht auf Asyl in Deutschland. Dies hat der hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) in einem am Dienstag veröffentlichten Urteil entschieden.

Politische Verfolgung könne in Somalia grundsätzlich nicht festgestellt werden, weil es dort derzeit keine Staatsgewalt gebe, die staatliche und damit politische Verfolgung ausüben könne, begründeten die Richter des 13. Senats ihre Entscheidung. (AZ 13 UE 2332/95)."

Sowenig bei Gruppierungen eine politische Verfolgung anerkannt wird, wenn nicht eine benennbare Staatsmacht bzw. ein Staatsoberhaupt diese ausübt, so wenig werden bei Frauen geschlechtsspezifische Verfolgungsgründe anerkannt.

Wenn wir jedoch den umfassenden Staatsbegriff verwenden, bedeutet das die Einbeziehung der patriarchalen Strukturen und damit die Ausbildung der Geschlechterpolitik, d.h. Frauen bilden zwar keine eigenständige soziale Gruppe (die ja laut Asylgesetzgebung bei politischer Verfolgung anerkannt wäre), aber sie werden als

untergeordnete Klasse (soziales Geschlecht) im Geschlechterverhältnis behandelt. Dies wird in der praktischen Asyl(un)rechtsprechung geleugnet.

Der häufigste Grund, weshalb Frauen, die Opfer geschlechtsspezifischer Verfolgung geworden sind, keine Anerkennung als politisch Verfolgte erhalten, liegt darin, daß davon ausgegangen wird, daß dem Staat und seinen Organisationen diese Verfolgung nicht anzurechnen sei. Auch bei diktatorischen Staaten, in denen sexuelle Übergriffe und Gewalt gegen Frauen durch Gruppen, z.B. die eigene Familie, oder Vertreter staatlicher Organisationen ausgeübt werden, der Staat selber jedoch nicht schutzbereit ist, finden die Fluchtgründe keine Anerkennung (vgl. amnesty international, Frauen in Aktion - Frauen in Gefahr, 1995, S. 187 ff).

Frauen werden, wenn sie gegen die gesellschaftlichen Normen und Werte verstoßen haben, gerade auch deshalb verfolgt.

Einen anderen Fluchtgrund stellen die sexuellen Übergriffe dar, denen Frauen als Gefangene ausgeliefert sind.

Im Fall der Asylbewerberin aus Gelsenkirchen liegen beide Fluchtgründe vor.

Die in jeder Urteilsbegründung eingangs zitierte Vorschrift zum Asylverfahrensgesetz kann man/frau in praktischen Durchsetzung innenpolitischer Interessen nur als zynisch bezeichnen: Art. 16a Abs. 1: *"Politisch Verfolgte genießen Asylrecht."*

Die Änderung und damit faktische Abschaffung des Asylrechts betrifft Männer wie Frauen, insbesondere das Verständnis vom Staatsbegriff (siehe Somalia-Urteil).

Das Handeln der Repräsentanten des Staates und die jeweilige Verfassung, in der bürgerliche Rechte meist theoretisch verankert sind, bilden die einzige Grundlage zur Beurteilung für das Recht auf Asyl.

Die praktische Wirklichkeit von Verfolgung wird bewußt ausgeblendet und als individuelles, privates, Schicksal oder kulturelle Besonderheit abgetan. Geradezu infam ist es, wenn als Begründung für die Ablehnung eines Asylantrages auf das Vorhandensein von Hilfsorganisationen und Menschenrechtsgruppen im Verfolgerland hingewiesen wird, deren Hilfe eine Flucht ins Ausland erübrigen würde.

Im vorliegenden Urteil des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen wird z.B. darauf hingewiesen, daß es im betreffenden Verfolgerland ein Frauenhaus und einen Frauennotruf gebe.

Aus der Tatsache, daß in jedem Land der Welt, wo das Unrecht herrscht, oppositionelle Gruppen existieren, die auch unter schwierigsten Bedingungen arbeiten, wird demnach abgeleitet, daß keine Fluchtgründe vorlägen, sobald diese Gruppen existieren.

Die aufgezeigten Beispiele der Auslegungspraxis von theoretisch verankertem Recht zeigt, wie das Recht in der Praxis ad absurdum geführt wird. Frauen sind besonders betroffen, weil neben der weitgehenden Einschränkung des Asylrechts allgemein die Vorstellung von einer patriarchalen Staatsordnung, incl. der Familie, den Schutz der Frau vor Diskriminierung und Verfolgung auch

Anzeigen



SPRINGSTR. 2 AM HAUPTBAHNHOF
45657 RECKLINGHAUSEN
TEL.: 02361/13927

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte
Wurst und Fleischwaren aus der Bio- Metzgerei
Ökologische Weine, Sekt und Säfte
Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel
Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ u. 15⁰⁰ - 18⁰⁰ Uhr
Sa. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ Uhr

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 44795 Bochum
Tel. 0234/ 450590
FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
BIOLAND-Getreide
Eigene Mühle
Informationen
Betrieb in Selbstverwaltung

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

dann als gegeben voraussetzt, wenn aufgrund des Glaubens- und Rechtssystems das Leben der Frau direkt bedroht ist, aber in der Verfassung die Gleichheit der Geschlechter vor dem Gesetz und die Nichtdiskriminierung der Frau festgeschrieben sind.

Zitat aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen:

"Der Wahrnehmung dieser Rechte mögen zwar in der Verfassungswirklichkeit noch Grenzen gesetzt und in Teilbereichen des (...) Rechts (z.B. im Familienrecht) der Frau ihre volle Gleichberechtigung noch nicht zugestanden sein (...)."

Insbesondere die im Strafrecht vorgesehene Todesstrafe für Verwandtenmord wird im weiteren Wortlaut des Urteils dafür genommen, daß durch diese "Abschreckungsmaßnahme" die Frau vor Verfolgung durch die Familie sicher sei (vgl. dazu obige Ausführung zur impliziten Befürwortung der Todesstrafe).

Erschreckend ist nicht so sehr die Tatsache, daß die Rechtsstaatlichkeit und der Gesetzestext als identisch vorausgesetzt werden, sondern daß sich in dem Urteilsspruch jenes reaktionäre Element wiederfindet, das gegen besseres Wissen die Todesstrafe als Abschreckung legitimiert. Entsprechend wird auch nicht weiter danach gefragt, ob und wie die Todesstrafe grundsätzlich in dem Verfolgungsland angewendet wird.

"Jedes Regime, das sich für die Hinrichtung als Sanktion bei politischen Straftaten einsetzt, dekuvriert sich durch solche Forderungen als Feind von rechtsstaatlicher Toleranz und Mäßigung." (Prof. Tomuschat, Institut für Völkerrecht der Universität Bonn 1989, zitiert nach: amnesty international, a.a.O., S. 143)

Wir sehen diese Tendenz der (Un)rechtspraxis in Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung von rassistischen Ermittlungsverfahren, in denen die Opfer von Anschlägen zu TäterInnen gemacht werden, in der Leugnung und Verschleiern des tatsächlichen Ausmaßes von fremdenfeindlichen Anschlägen sowie einer Abschiebepolitik, die nicht vor körperlicher Gewaltanwendung sogar mit Todesfolge zurückschreckt: z.B. im Fall des Asylbewerbers Kola Bankole (vgl. Off-Limits Nr. 13, April 1996, S. 42).

Literatur:

amnesty international: Ein Mensch weniger, ein Lesebuch gegen die Todesstrafe, Bonn 1995
 amnesty international: Frauen in Aktion - Frauen in Gefahr, Bonn 1995
 Marilyn French: Der Krieg gegen die Frauen, München 1992
 Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): Ausländerfeindlichkeit in Deutschland - wir alle sind gemeint. Sensbachtal 1992
 Off-Limits, Antirassistische Zeitschrift, Nr. 13, Hamburg April 1996
 Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V., (Hrsg.): Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Nr. 42, Entfremdung, Köln 1996
 WIB, 26. Jahrgang / Nr. 13, 3.7.96, Artikel "Staat muß politische Verfolgung selbst ausüben oder dulden"

G.K.Jav



Ich möchte ___ Exemplare der AntifaZ abonnieren:

Vor- und
Nachnahme: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Ein Jahresabo (6 Ausgaben) kostet derzeit:

- 1 Ex.: 27,- DM (18,- plus 9,- Porto)
 - 2 Ex.: 45,- DM (36,- + 9,-)
 - 3 Ex.: 72,- DM (54,- + 18,-)
- je weiteres Exemplar (bis 10) 18,- DM

Das Abo verlängert sich um ein Jahr, wenn ich nicht 4 Wochen vor Ablauf des Jahres schriftlich kündige.

Widerrufsgarantie: Diese Bestellung kann innerhalb von 10 Tagen schriftlich bei der AntifaZ-Redaktion widerrufen werden.

Datum und Unterschrift _____

Einzugsermächtigung:

Geldinstitut: _____

BLZ: _____

Konto-Nr.: _____

KontoinhaberIn: _____

Datum und Unterschrift _____

Widerrufsgarantie: Diese Einzugsermächtigung kann innerhalb von 10 Tagen schriftlich bei der AntifaZ-Redaktion widerrufen werden.

Psycho-Terror in der Türkei

In der letzten Zeit wird in der Türkei mit ohrenbetäubendem Lärm eine Kampagne des psychologischen Terrors durchgeführt, mit der wir konfrontiert sind. Zu Millionen werden Herzen, Hirne und Gewissen durch verlogene Demagogie blockiert. Die Menschen sollen in einen Zustand versetzt werden, in dem sie nicht mehr denken können, kritikunfähig werden.

Es wird versucht, die Gemüter gegen Revolutionäre aufzubringen, indem man heuchlerisch Tränen vergießt. Dabei werden Falschmeldungen benutzt, und die Spezialkriegs-Führung inszeniert recht effektive Kampagnen des Psychoterrors. Das erreicht momentan das Ausmaß eines mit psychologischen Mitteln geführten Krieges. Und der hat Auswirkungen.

Alle Zeitungen und alle Rundfunksender werden von einem Zentrum aus gleichgeschaltet. Das Szenario wird von einer einzigen organisierenden Einheit entworfen. Durch einen durchgängig einheitlichen Stil und einheitliche Wortwahl erreicht das ganze die Qualität eines Bombardements. Dies dringt von allen Seiten auf Millionen von Menschen ein. Sie werden, ohne dass sie die Möglichkeit finden, zu denken, zu kritisieren und zu handeln, unter psychologische Kontrolle gestellt und festgehalten.

Das Volk wird mit demagogischen Lügen, Pressionen, "grauer" und "schwarzer" Propaganda in eine bestimmte Richtung gedrängt. Die Menschen werden so sehr beeinflusst, dass sie selber zum handelnden Subjekt der psychologischen Kriegsführung werden.

Wirklich alle privaten und öffentlichen Medien arbeiten vollständig unter dem Kommando der Spezialkriegs-Führung. Die kennt keine moralische Grenze und fühlt sich an keine Regel und kein Gesetz gebunden.

Erinnern wir an die kürzliche Ermordung von vier Lehrern in einem Dorf bei Diyarbakir.

Dies war eine typische Kontraguerrilla-Aktion. Brutal wollte man dies Verbrechen der PKK anhängen und dann auf den Knopf drücken, um den ganzen Mechanismus der psychologischen Kriegsführung anlaufen zu lassen. Alle Medien fingen einstimmig an, ihrer Trauer Ausdruck zu verleihen. Dieses Trauergefühl beuteten sie dann aus, indem sie versuchten, das ganze Volk gegen die Revolutionäre aufzuhetzen.

Dem aufmerksamen Beobachter fiel auf, dass die Medien zu diesem Thema keinerlei Recherchen anstellten und dass sie, als die Wahrheit dann doch an den Tag kam, keinerlei Notwendigkeit verspürten, sich an die Regeln des bürgerlichen Anstandes zu halten. Was zählte, war die Aufstachelung des Volkes zu chauvinistischem Verhalten, das ist die "Aufgabe für Patrioten". Das passierte zu einem Zeitpunkt, als es einen großen Bedarf für derartige Aktionen der

Kontraguerrilla und die von ihr beabsichtigte Welle der psychologischen Kriegsführung gab.

Im Gefängnis von Diyarbakir war es nämlich zu grausemen Morden gekommen. Diese Morde wurden in aller Offenheit vom Staat begangen, es gibt keinerlei Möglichkeit, sie zu verharmlichen (siehe auch Bericht in dieser Ausgabe). Zehn Revolutionäre wurden getötet, 25 verletzt.

Im In- und Ausland waren heftige und wirksame Reaktionen auf die Diyarbakir-Morde die Folge: zu Tausenden rebellierten die Leute in den Gefängnissen, und die Stimmen aus Kreisen der Demokraten und Menschenrechtler wurden lauter.. Genau zu diesem Zeitpunkt begann Amnesty international weltweit eine Kampagne gegen die Menschenrechtsverletzungen der Türkei. Die Kampagne zeigte Wirkung. Die Türkei war international isoliert und an den Pranger gestellt. Die gesamten Spezialkriegseinrichtungen kamen zur Sprache.

Eben in dieser Situation führte die Kontraguerrilla die Morde an den vier Lehrern durch. Damit wollte sie gleichzeitig zwei Ziele erreichen: Einmal sollte die Aufmerksamkeit durch die Herstellung neuer Aktualität von den lebensbedrohlichen Zuständen in den türkischen Gefängnissen abgelenkt werden, zum anderen sollte der Druck auf die PKK erhöht werden.

Ali Ünsal

95 Thesen zum Lutherjahr (?)

In Hagen wurden in einer lokal begrenzten Aktion unbekannter FaschistInnen in der Nacht zum Freitag, dem 6.9.96, an Türen und Schaukästen evangelischer Kirchen, der Synagoge und des Grünen-Büros aufwendig aufgemachte DIN A2 Plakate geklebt.

Der Inhalt:

Im 2spaltigen Druck auf der linken Seite: "95 Thesen zum Lutherjahr von Manfred Roeder".

Für alle, denen der Name Roeder nichts sagt, eine unverfängliche Überschrift. Danach geht es weiter, ähnlich einer kirchlichen Verlautbarung, in normaler Letter, mal fett, mal mager. Anfänglich dazu ein Hinweis, daß es sich um einen "Auszug" handele, und er sei "zur Diskussion gestellt, mit der Bitte um rege Beteiligung in Wort und Schrift", dann folgen insgesamt 43 nummerierte Absätze. Äußerst geschickt gemacht, mit Bibel- und anderen Zitaten.

Beispiele:

" 1. Seit 50 Jahren wird das deutsche Volk schuldig und immer wieder schuldig gesprochen für den Kriegsausbruch und einmalige Verbrechen."

"7. Deshalb ist der nachgeborene Deutsche nicht schuldig, der nachgeborene Jude kein Märtyrer."

"30. Deshalb, wenn jemand behauptet, ständiges Erinnern und Ermahnen sei eine Vorbedingung für Vergebung oder Versöhnung, der steht gegen das klare Wort der Bibel - und sei es der jetzige

oder ehemalige Bundespräsident." "31. Wer nur von deutschem Unrecht redet, die eigenen Verbrechen aber leugnet und keine Buße tun will, der stellt sich außerhalb der allgemeinen Rechtsordnung."

Und so weiter. Am Schluß groß und deutlich die Anschrift von Roeder, mit Tel.-Nr, dazu eine Datumsangabe "im Januar 1996". Ob er zuhause ist? Zur Zeit muß er sich vor Gericht verantworten, weil er in Erfurt Tafeln der Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" vor Reportern mit "Lüge" u.a. übersprühte.

Eine Kopie des Machwerks (verkleinert) könnt Ihr für Antifa-Zwecke anfordern (wird von uns nur per Fax geschickt). Uns interessiert, ob nicht doch hier oder da im Lande ähnliches abließ. Vielleicht war die Aktion in Hagen aber auch nur ein Test. Wir können uns vorstellen, daß unkritische Pfarrgemeinden das einigermaßen intelligent gemachte und vermutlich juristisch abgeklipfte Pamphlet mißdeuten

VVN:-Kreisvereinigung
Hagen
Potthofstr. 5
58095 Hagen
Tel.: 02331/13383, Fax
anmelden.

Sanar Yurdatapan verhaftet

Der Verteidiger der Menschenrechte, Musiker, Sprecher der Gruppe "Platz für den Frieden" und Künstler **Sanar Yurdatapan** wurde vor kurzem auf der Grundlage eines Haftbefehls des

Staatssicherheitsgerichtes Ankara in Istanbul festgenommen.

Später wurde er nach Ankara gebracht. Nachdem man seine Aussage zu Protokoll genommen hatte, wurde er verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. In der vom Staatssicherheitsgericht vorbereiteten Anklageschrift wird dem Künstler hauptsächlich zum Vorwurf gemacht, dass er für MED TV (den in Brüssel ansässigen kurdischen Fernsehsender, der über Satellit weltweit zu empfangen ist) die Sendung Kursunkalem (wörtlich "Bleistift", aber die Anspielung legt "Gewehrkuugel und Stift" nahe) gemacht zu haben.

Hätte er wie andere Künstler die Augen vor allem geschlossen und nur die Segnungen des Systems genossen, wäre Sanar Yurdatapan dies nicht passiert.

Er will aber in Friedensinitiativen etwas gegen den schmutzigen Krieg, der in der Türkei geführt wird, tun. Zumindest verteidigt er die Haltung, dass es notwendig ist, etwas zu tun. Seine Bemühungen, die er unternahm, die staatlich organisierten Morde von **Güclü Konak** aufzuklären, können als letzlicher Anlass für seine Verhaftung angesehen werden.

Bei seiner Einlieferung ins Gefängnis gab Yurdatapan eine kurze Erklärung ab: "Das Denken soll kriminalisiert werden. Der Staat wird mich nicht verurteilen können."

In Deutschland haben einige demokratische Einrichtungen damit begonnen, Schritte für die Freilassung Yurdatapans zu unternehmen.

Bekanntermassen ist der Künstler deutscher Staatsbürger, und die Verhaftung entbehrt damit jeder gesetzlichen Grundlage.

Und auch deutsche staatliche Stellen sind davon tangiert und in der Pflicht, wenn sie auch spät dran sind, etwas zu unternehmen.

Sami Inal

Soli-Veranstaltung für die politischen Gefangenen der Türkei

Die revolutionären Gefangenen, die in den Gefängnissen der Türkei und Türkei-Kurdistan einsitzen, haben ihre Ziele noch nicht erreicht. Gestützt auf Unterstützung und Schikanen will der Justizminister der faschistischen Türkischen Republik entgegen allen Beschlüssen, die aufgrund der Aktionen des unbefristeten Hungerstreiks und des Todesfastens gefasst worden waren, einen neuen Typ von Gefangenen, der sich allem unterwirft und der nicht auf seinen Rechten besteht.

Um an den unsterblichen Mut der Todesfestenden zu erinnern, veranstaltete das **Komitee für die Gefängnis-Solidarität in Europa** am **21. 9. 1996** in der **Kölner Sporthalle** einen Solidaritätsabend. An dieser Veranstaltung nahmen die im Komitee vertretenen Organisationen und solidarische Einrichtungen teil.

Der Abend begann mit einer Eröffnungsrede und einer Gedenkminute. Verschiedene Musikgruppen und Dichter, die Gedichte über die Kämpfer des Todesfastens

vortrugen, begeisterten das Publikum. Im Verlauf des Abends wurden im Zusammenhang mit einem Film über die Gefängnisse Parolen gerufen, die die Wut zum Ausdruck brachten. Bewußt hatte die Türkische Republik einige Musikgruppen behindert, so dass sie nicht zu der Veranstaltung kommen konnten.

Am Ende der Veranstaltung riefen die Lieder und Märsche der "**Grup Yorum**" das Publikum zum Kampf auf. Obwohl sich negativ auswirkte, dass am gleichen Tag noch andere Veranstaltungen stattfanden, wurde die Veranstaltung mit 5000 TeilnehmerInnen durchgeführt. Mit einem gemeinsamen Schwur auf die Revolution wurde der Abend beendet.

Sami Inal

Ismet Güvenc in Polizeihaft ermordet

Istanbul, Rechtsbüro des Volkes

Der am 3. Oktober 1996 in Istanbul von der Polizei festgenommene 30jährige Ismet Güvenc wurde am 6. Oktober tot in einem Rohbau in Esenler/Istanbul gefunden. Dem Autopsiebericht zufolge ist er an einer Gehirnblutung infolge eines Schusses gestorben.

Ismet Güvenc war aktives Mitglied des Menschenrechtsvereins TIYAD (Solidaritätsverein der Angehörigen politischer Gefangener) und schon früher mehrmals von der Polizei festgenommen, gefoltert und bedroht worden. Der am gleichen Tag festgenommene Bruder Is-

mets wurde inzwischen freigelassen. Ismet Güvenc ist das jüngste Opfer des menschenverachtenden türkischen Staates.

Am 20. August dieses Jahres wurden die beiden TiYAD-Mitglieder Senem Adali und Muhammed Kaya in ihrer Wohnung in Istanbul von der Polizei erschossen.

Kurtulus Nachrichten
Zentrale

Drohung gegen Kurtulus-Mitglieder

Çenk Aksan, Kurtulus-Korrespondent in Sivas, und zwei Kurtulus-Leser wurden in Turhal von 7 Polizisten aus der Abteilung "Kampf gegen den terror" entführt.

Sie wurden in ein Auto gedrängt und zuerst in den Wald gebracht, dort von Polizisten beschimpft und beleidigt. Die Polizisten machten ihnen den Vorschlag wegzurennen, um dann "bei der Flucht erschossen" sagen zu können. Dann wurden sie zusammengeschlagen, ihnen wurde Verrat angeboten. Als das nichts bewirkte, mußten sie die Verschleppten unter Drohungen freilassen.

Kurtulus

An Zirrhose erkrankter DHKP-C Gefangener wird nicht behandelt

Murat Mesut Uzun wurde, nach Eintreten seiner Krankheit, lediglich einmal zur Behandlung ins Krankenhaus gebracht. Dort forderte er, daß man ihm die zu eng

angelegten Handschellen et was locker mache, woraufhin es heftige Diskussionen gab. Er wurde dann zusammengeschlagen und einer entwürdigenden Untersuchung unterzogen. Murat Mesut Demir sagt, daß er solange die Behandlung verweigern wird, bis die Gefängnisleitung ihr unmenschliches Verhalten unterläßt. Er wird in der Zelle mit Diät beginnen, die er mit seinen Freunden durchführen will, und benötigt sofortige ärztliche Untersuchung. Die Gefangenen Ümit Dogan Gönül, Kalender Kayapinar, Mustafa Kaya und zuletzt Mehmet Yaman sind gestorben, weil ihnen die ärztliche Behandlung verweigert wurde.

Kurtulus

Überfall auf Kurtulus Büros

Seit der Eröffnung des Kurtulus Büros in Adana gab es immer wieder Angriffe der Polizei. Im Moment befinden sich zehn Mitarbeiter der Zeitung im Gefängnis. Am 22. September wurde das Adana Büro erneut angegriffen, und alle Zeitungen und Zeitschriften wurden beschlagnahmt. In dieser Nacht wurden ebenfalls die Wohnungen des Kurtulus-Journalisten Mehmet Kargilar und die der TAVIR-Journalistin Eylem Ileri überfallen. Die beiden Journalistinnen wurden zusammengeschlagen, festgenommen und zwei Tage lang auf der Polizeistation festgehalten. Bei der gestrigen Gerichtsverhandlung ordnete der

staatsanwalt Untersuchungshaft für die beiden an. Am 23. September wurden Ceyhun Sertel, M. Fatih Demir, Berke Nehir und Sultan Özdemir festgenommen, als sie in das Gefängnis von Buca Ausgaben der Zeitung Kurtulus bringen wollten. Am gleichen Abend wurden das "Ege Kultur- und Kunstzentrum" sowie das Kurtulus Büro in Izmir von Polizisten angegriffen. Dabei wurde die Mitarbeiterin des Kultur- und Kunstzentrums, Meliha (Zuname unbekannt), und Seyhan Yildiz, festgenommen. Alle Bücher und Zeitungen wurden beschlagnahmt.

Demokrasi

Selbstverbrennung im Istanbuler Gefängnis Bayrampasa

Im Istanbuler Bayrampasa versuchten drei Gefangene der PKK am 27.9.96 aus Protest gegen das Massaker der türkischen Polizei im Gefängnis von Diyarbakir, gegen das Verbot des kurdischen fernsehsenders im europäischen Ausland Med-TV und gegen die schlechte Behandlung, sich zu verbrennen. Gülbahar Köker, die sich mit Zeitungspapier umwickelt und angezündet hatte, wurde von Freunden an der Selbstverbrennung gehindert. Vedat Aydemir und Hamdulah Sengüler, die sich mit Plastiktüten umwickelt hatten, wurden ebenfalls von Freunden bemerkt und gerettet.

Demokrasi

Vorsitzende der "Plattform für Rechte und Freiheiten" des Drogenbesitzes beschuldigt

Oya Gökbayrak, die Vorsitzende der Istanbuler Menschenrechtsorganisation "Plattform für Rechte und Freiheiten" wurde am 13. Oktober um 20.30 Uhr auf dem Heimweg vor ihrem Haus von dort auf sie wartenden Polizisten unter dem Verdacht des Drogenbesitzes festgenommen. Folgerichtig 'fanden' die Polizisten, die zur Absicherung ihrer Taktik gleich zwei staatsstrenge Journalisten mitgebracht hatte, bei einer nachlässigen 'Durchsuchung' des Hauses von Oya Gökbayrak auch Drogen.

Nachdem die Vorsitzende der Plattform für Rechte und Freiheiten in der Vergangenheit immer wieder Zielscheibe staatlicher Repression war, wird nun versucht, Oya Gökbayrak in eine Drogenkriminelle zu verwandeln. Gerade in der Zeit des Todesfastens hatte sich die Plattform für Rechte und Freiheiten intensiv für die Forderungen der todesfastenden politischen Gefangenen eingesetzt. Oya Gökbayrak war zusammen mit hungerstreikenden Müttern der Gefangenen nach Ankara gereist, um mit den politischen Verantwortlichen der türkischen Regierung zu verhandeln. Nicht nur ihr Engagement in dieser Zeit war Anlass für die türkische Polizei, Oya Gökbayrak immer wieder zu verhaften und zu foltern. Schon vorher hatte sie als Mitglied der

Solidaritätsorganisation für die Angehörigen politischer Gefangener TAYAD und später TIYAD am eigenen Leibe erleben müssen, wie die 'Sicherheitskräfte' des türkischen Staates mit Menschen umgehen, die in der Türkei die Einhaltung der Menschenrechte einfordern. Die seit einem Unfall 1988 querschnittsgelähmte und auf einen Rollstuhl angewiesene Frau wurde immer wieder Ziel staatlicher Angriffe und mehrfach in der Anti-Terror Abteilung in der Vatan Caddesi in Istanbul gefoltert. Ihr Haus in Küçük Amutlu, einem Gecekondu in Istanbul, wird immer wieder von der Polizei durchsucht, ihre Nachbarn und Freunde von der Polizei bedroht.

Bisher haben alle Versuche, Oya Gökbayrak durch Einschüchterung, Festnahme und Folter zum Schweigen zu bringen, nicht zum Erfolg geführt. Ihr Ansehen unter den Armen und Ausgebeuteten nicht nur in Istanbul ist durch ihr Engagement und ihre Standhaftigkeit gegenüber der staatlichen Repression nur gestiegen. Auch international ist sie mittlerweile eine anerkannte Persönlichkeit. Wohl aus diesem Grunde ist es bisher nicht gelungen, eine Ausreisegenehmigung für Besuche im Ausland für sie zu bekommen. Vor allem, um diesem Ansehen zu schaden, aber auch, um eine - wenn auch absurde - juristische Handhabe für die Verurteilung Oya Gökbayraks zu bekommen, versucht das türkische Regime nun, Oya unter der Anschuldigung 'Drogenbesitz' aus dem Verkehr zu ziehen. Bisher wurde Frau

Anzeige.

MIT EINER
SOLARANLAGE
SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER

SWB
Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH
Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
Karl-Hermann-Str. 14
45701 Herden
Telefon 0 23 66 1 4 39 65

Netzungsanlagen
Sanitärinstallationen
Elektroninstallationen

Solaranlagen
Regenwassernutzung
Brennwertkessel

OBLOMOW

Kurt-Schumacher-Platz 1a, 44787 Bochum Eingang Hellweg, Tel.: 0234/ 12967

TAGLICH GEOFFNET AB 18.00 UHR

BUCHLADEN

TARANTA BABU

• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
• SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN-PSYCHOLOGIE •
• ÖKONOMIE-POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN-MÜTTER-KINDER-VÄTER •
• MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

Gökbayrak allerdings noch keinem Staatsanwalt vorgeführt, sondern sie befindet sich in den Händen der Folterknechte in der Antoi-Terror Abteilung. Dort kann sie nach türkischem Gesetz bis zu 15 Tage festgehalten und gefoltert werden, bevor man sie dem Staatsanwalt vorführt.

Sowohl die Festnahme und die Folter als auch die absurde Anschuldigung sind ein weiterer Versuch, eine der engagiertesten Persönlichkeiten im Einsatz für die Menschenrechte in der Türkei zu diskreditieren und zum Schweigen zu bringen. Nicht nur Oya Gökbayrak und die Plattform für Rechte und Freiheiten werden angegriffen. Die Kriminalisierung Oya Gökbayraks ist der Versuch, dem Engagement für Menschenrechte in der Türkei insgesamt einen Schlag zu versetzen.

Helfen Sie mit, diesen Schlag ins Leere gehen zu lassen-
Protestfaxe an:

Staatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts in Istanbul:
0090-212 258 79 83

Ministerpräsident Necmettin Erbakan: 0090-3124170476
Innenminister Mehmet Agar: 0090-3124181795

Justizminister Sevket Kazan: 0090-312 496050
Bitte schicken Sie eine Kopie Ihres Faxes an das

Informationszentrum für Freie Völker: 0221-7602887

Grup Yorum wieder frei

Die türkische Regierung hat erneut versucht, Mitglieder der fortschrittlichen Musikgruppe Grup Yorum durch Festnahme und Folter zum

Schweigen zu bringen. Die vier Mitglieder der international bekannten Musikgruppe Grup Yorum, İrsad Aydın, Özcan Senver, Ufuk Lüker und Kemal Sahir Gürel, werden am 21. Juni 1996 von schwerbewaffneten Polizeieinheiten festgenommen und verschleppt. Man bringt sie in das berüchtigte Folterzentrum in der "Vatan Caddesi" in Istanbul. In der Antiterrorabteilung werden sie 13 Tage von den Polizisten festgehalten und schwer gefoltert.

Danach werden sie von ihren Folterern dem Oberstaatsanwalt vorgeführt.

Sein Beschluss - Freilassung von İrsad Aydın und Özcan Senver, Einweisung von Ufuk Lüker und Kemal Sahir Gürel in das Metris Gefängnis. Nach einiger Zeit werden die beiden nach Sakarya überstellt. Dort befinden sie sich bis zu ihrem Prozessstag, dem 13. September 1996.

Bei dem Prozess am 13. September erhoffte sich die Staatsanwaltschaft unter falschen Anschuldigungen, Ufuk Lüker, Kemal Sahir Gürel, İrsad Aydın und Özcan Senver für lange Zeit ausschalten zu können.

Am Morgen des 13. September erreichen die Musiker das Staatssicherheitsgericht in Istanbul, wo ihre Verhandlung stattfinden wird. Den Angehörigen und Freunden wird der Zutritt verwehrt.

Im Gerichtssaal verliert Ufuk Lüker die Verteidigung im Namen der Angeklagten. Er sagt aus, dass Grup Yorum lediglich eine Musikgruppe sei, die Musik mache. Der Anschuldigungen der Staatsbediensteten, die angeblich DHKPC-Material auf

Disketten gespeichert in der Wohnung des Kemal Sahir Gürel entdeckt haben sollen, entgegnet er: "Die Informationen auf den Disketten sind in jeder Buchhandlung als Bücher erhältlich, und wir haben sie zwecks Eigeninformation gespeichert. Von unserem Gehalt geben wir auch nichts an Organisationen ab."

Kemal Sahir Gürel, İrsad Aydın und Ufuk Lüker sagen aus, dass sie keine Organisationsmitglieder seien.

Ufuk fügt hinzu: "Als wir uns in Polizeigewahrsam befanden, äusserten die Medien folgendes: "Was will die Polizei von den Grup Yorum Mitgliedern?"

Darauf reagierten die Polizisten folgendermassen: "In welcher organisierten Verbindung steht ihr denn mit den Fernsehsendern?" Also, so sehr verkennen Sie unsere Legitimität!"

Das Ergebnis dieses Prozestages, der den Künstlern 15 Jahre einbringen hätte sollen, lautet auf "Freilassung".

Grup Yorum hat gesiegt. Wie immer haben die Künstler mit ihrer Wahrheit gegen jegliche Lügen und Verdrehungen gewonnen.

Die aufgeregte Menschenmenge vor dem Gerichtsgebäude fühlt sich, als ob das Urteil sie selbst betreffe.

Zusammen veranstalten İrsad, Özcan, Ufuk und Kemal mit Angehörigen und Freunden ein Konzert, das, wie bekannt, - "ununterbrochen" dauern wird.

Wir bedanken uns bei allen, die mitgeholfen haben, die Pläne der Staatsanwaltschaft zu durchkreuzen.

Informationszentrum für Freie Völker, Köln

KONTERGUE- RILLA MASSA- KRIERT DREI MENSCHEN IN TOKAT

Am 15. Oktober 1996, ungefähr um 3.00 Uhr, wurden die Leichen von Arslan Bilgin, seiner Mutter Sakine Bilgin und seine Vater Mustafa Bilgin in deren Wohnung gefunden. Der zweite Sohn der Familie, Kurtulus Bilgin, entdeckte die Leichen, als er von Ankara nach Hause kam. In den Nachbarhäusern hatte man keine Pistolenschüsse gehört.

Nach diesem Massaker nahm die Polizei Murat Özdemir, der bei Arslan arbeitete, und seine Freunde Mehmet Yildirim und Veli Sezer in Untersuchungshaft. Sie fragte nach, ob Arslan etwas mit einer Organisation zu tun hatte und er vielleicht aufgrund innerer Probleme in der Organisation aus Rache getötet wurde. Sie versuchen, die Schuld seinem kleinen Bruder Kurtulus anzulasten. Kurtulus Bilgin befindet sich in Untersuchungshaft. Arslan wurde zusammen mit seiner Mutter beerdigt. Bei der Beerdigung wurde über Arslans Leben gesprochen und gegen den Staat und sein neues Massaker protestiert. Nach der Andacht riefen sie Slogans wie "Schweig nicht, wenn du schweigst, bist du an der reihe" und "Die revolutionären Gefallenen sind unsterblich".

Später stellte sich heraus, dass Kurtulus in einem Monat bereits das zweite Mal in Untersuchungshaft genommen wurde und man ihn bestechen wollte, ein Verräter zu werden.

"Morde unbekannter Täter", sagen sie. Die Medien schrieben über die massakrierten Menschen. Wir haben gelesen, was sie schrieben. Wir sind jetzt auch Zeugen dieser "Morde unbekannter Täter". Arslan Bilgin arbeitete als Tierarzt in Tokat/Turhal und war immer mit ehrenwerten Menschen zusammen, ein Kurtulus Leser und ein Mensch war Arslan.

Welche Schuld trugen Arslan und seine Familie?

War es die, dass sie die Wahrheit sagten, oder vielleicht ihre Klage darüber, dass die Menschen ausgebeutet werden, oder weil sie eine positive Einstellung zur Revolution hatten?

Sagt uns, Mörder, was war die Schuld? Wir wissen, wer die Mörder sind. Es ist die Konterguerilla des Staates.

Könnt ihr sagen, dass wir euch massa-

krieren, weil wir eure Meinungen nicht ausstehen können?

Zeitungsverkäufer, Zeitungsverteiler, Zeitungsleser werden massakriert. Die Beispiele stehen vor unseren Augen. Die Leser der Zeitung Kurtulus, Arslan Bilgin und seine Familie.

Wir rufen euch, die Mördergruppe namens Konterguerilla! Wir sind hier. Wir werden uns nicht zum Schweigen bringen lassen! Kommt, bringt uns doch auch um!

Kurtulus-LeserInnen
Evrinsel-LeserInnen
Devrimci Emek-LeserInnen

Kurdistan-Rundbrief

Das Bulletin der Kurdistan- Solidaritätsbewegung und des Kurdistan-Komitees

erscheint alle 14 Tage
die aktuellste deutschsprachige Publikation

berichtet
* aus Kurdistan
* über die Solidaritätsbewegung
* von den Kurdenkongressen
* Dokumente
* u.v.a.

mindestens 8 Seiten
26mal im Jahr
Jahresabonnement 52,- DM
Buch- und Infotäden bekommen 30% Rabatt, andere Weiterverkäufer bekommen das Heft für 1,-DM pro Stück

Bestellungen an:
GNN-Verlag
Zülpicher Str. 7
Postfach 260226
50674 Köln

Überweisungen an:
BfG Köln,
BLZ 370 101 11, Konto Nr. 11 44 39 36 00
oder an
Postgiroamt Köln,
BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507

Hiermit abonniere ich Exemplare des
Kurdistan-Rundbrief

Ausschneiden u. schicken an:
GNN-Verlag,
Zülpicher Str. 7,
50674 Köln